

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Brauereistraße 5/6, und durch Abbestellung zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, drei Monate 3.00, sechs Monate 5.00, ein Jahr 9.00. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 3.00, wo keine Post am Orte, M. 3.50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Subscriptionen für den Jahrgang 1912 sind durch die Expedition zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, drei Monate 3.00, sechs Monate 5.00, ein Jahr 9.00. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 3.00, wo keine Post am Orte, M. 3.50.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 278.

Breslau, Donnerstag, den 28. November 1912.

23. Jahrgang.

Reichstagsbeginn.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Es war ganz talkvoll von dem nationalliberalen Vizepräsidenten Dr. Paasche, daß er zu Beginn der ersten Sitzung des Reichstags nach den mehr als halbjährigen Ferien am Dienstag nicht nur der verstorbenen Mitglieder des Hauses, worunter ja auch leider unser Genosse Förster ist, und anderer dahingegangener Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, sondern auch der Opfer des furchtbaren Grubenunglücks gedachte, das sich am 8. August auf der Zeche Eothringen ereignet hat. Öffentlich läßt es der Reichstag bei einigen konventionellen Worten des Bauern nicht bemerken, sondern geht nun endlich einmal dazu über, reichsgesetzliche Schutzmaßnahmen für die Grubenproletariat zu schaffen.

Auf der Tagesordnung standen am Dienstag nur Petitionen. Von den Kapitalisten des Schiffahrtsgewerbes war der Reichstag ersucht worden, sich gegen die Einführung einer gesetzlichen Regelung der Sonntags- und Nachtruhe im Binnenschiffahrtsgewerbe auszusprechen. Genosse Schumann, der bei den letzten Wahlen in den Reichstag entsandte Vertrauensmann der deutschen organisierten Transportarbeiter, bekämpfte dieses Verlangen und gab dabei eine eindrucksvolle Darlegung der Ausbeutung und der Mißstände, wie sie in der Binnenschiffahrt immer noch herrschen und denen abzuwehren eine bringende Aufgabe des Reichstages ist. Auch die bürgerlichen Parteien konnten sich den gewichtigen Gründen des sozialdemokratischen Redners nicht widersetzen und mit großer Mehrheit wurde, nachdem auch noch Genosse Wolfenbühler aus dem reichen Schatz seiner sozialpolitischen und geschichtlichen Kenntnisse die Forderungen der Binnenschiffahrtsarbeiter unterstützt hatte, über diese Petition zur Tagesordnung übergegangen. Bezeichnend für die sozialpolitische Stimmung des Zentrums war das Eintreten seines Dr. Dell für eine Petition, die die gesetzlichen Bestimmungen über den Offenbarungseid noch verschärfen will. Genosse Siebel wies nach, daß man mit solchen Verschärfungen keineswegs die Schieber, sondern nur den Mittelstand treffen würde, dessen Angehörige leicht in die Lage kommen können, einen Offenbarungseid leisten zu müssen. — Eine Petition, die verlangte, daß den Versicherungsanstalten in erhöhtem Maße die Pflicht auferlegt werde, drohender Invalidität durch ein Heilverfahren vorzubeugen, wurde vom Genossen Koch eindringlich begründet. Er konnte darauf hinweisen, daß diese Petition schon jetzt die ersten schädlichen Folgen der arbeitserfindlichen Gesetzgebung bei der Reichsversicherungsordnung zeige. Trotzdem wurde unser Antrag auf Ueberweisung zur Berücksichtigung abgelehnt und nur Ueberweisung als Material beschlossen. Dagegen gelang es unseren Genossen, durch die überzeugenden Ausführungen des Genossen Wren, zu erreichen, daß eine Petition auf Milderung der Zuckersteuer, soweit der Zucker industriell, also zur Herstellung von Fruchtkonserven, verwendet wird, zur Berücksichtigung überwiesen wurde. Schließlich kam noch ein Fall von Anerkennung einer militärischen Invalidenpension zur Besprechung, wobei Genosse Sachse die Sache des Militärinvaliden vertrat.

Außer der sozialdemokratischen Interpellation über die auswärtige Lage, ist auch eine der Nationalliberalen über dasselbe Thema eingebracht worden, die folgenden Wortlaut hat:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, über die auswärtige Lage und die Richtlinien der deutschen Politik Auskunft zu geben?“

Diese beiden Interpellationen werden ebenso, wie die Interpellationen über die Feuerung auf die Tagesordnung der Mittwoch-Sitzung gestellt werden. Man nimmt in Reichstagskreisen an, daß morgen zunächst die Präsidentenwahl vorgenommen und dann die Feuerungsinterpellation in Verbindung mit der ersten Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Zollerleichterungen aus Anlaß der Gleichsteuerung, besprochen wird. Da diese Besprechung voraussichtlich an einem Tage nicht abgeschlossen werden kann, wird sich der Reichstag wohl auch noch Donnerstag und eventuell Freitag damit zu befassen haben. Schon dadurch würde die Besprechung der auswärtigen Politik sich um einige Tage verzögern, selbst wenn, was durchaus noch nicht feststeht, der Reichskanzler bereit ist, diese Interpellationen alsbald zu beantworten.

Serrenhaus.

Die Erlauchten und Edlen fanden sich am Dienstag nachmittag zu einer kurzen Sitzung im Serrenhaus zu Berlin zusammen. Debatten gab es vorläufig noch nicht. Man begnügte sich, ein vom Dreiklassenhaus auf freikonservativen Antrag beschlossenes Gesetz über die Veranziehung der Beamten in Posen zu den Volksschulasten in den Papierkorb zu werfen, weil man — wie Herr v. Koeller, der frühere reichsländische Statthalter, jagte — der Meinung ist, daß der Landtag nur vorhandene Mängel festzustellen, die Regierung aber die Mittel zur Abhilfe in Vorschlag zu bringen hat. Am Mittwoch geht die Serrenhausarbeit weiter, das Sparassengesetz steht auf der Tagesordnung.

Wieder einmal Beruhigung.

In den nächsten Tagen wird der Reichskanzler dem Reichstag die längst gebotenen und dringend erwünschten Aufklärungen über den Stand der auswärtigen Angelegenheiten zu geben haben. Die augenblickliche Lage ist einer ruhigen Besprechung dieser heißen und verwickelten Dinge durchaus günstig, denn es läßt sich nicht verkennen, daß infolge der letzten Erklärung der deutschen Regierung eine Beruhigung auf der ganzen Linie eingetreten ist. Auch die wenigen Schreier, die noch am Dienstag in Wien im Gegensatz zur gesamten übrigen Presse Europas ihre Kriegslänge vollführten, dürften nun sehr rasch wieder zur Ruhe gebracht werden.

Ob die gegenwärtige Entspannung eine dauernde Wendung zum Besseren bedeuten wird, das hängt in erster Linie von der deutschen Regierung ab. Die Ereignisse der letzten Tage haben mit schlagender Deutlichkeit die Nichtigkeit der sozialdemokratischen Auffassung erwiesen, daß nur durch einen diplomatischen Zusammenschluß Deutschlands, Englands und Frankreichs der Friede gesichert werden kann. Solange der Anschein bestand, als würde die deutsche Regierung alle Unbesonnenheiten und Torheiten des österreichischen Thronfolgers unbesonnen mitmachen und als würden auf der anderen Seite die panslawistischen Kriegstreiber von den Westmächten ermächtigt werden, stand die Entscheidung über Krieg und Frieden auf des Messers Schneide. Eine kurze Erklärung der deutschen Regierung, die sich dem vom englischen Ministerpräsidenten vertretenen Standpunkt merklich annähert, hat genügt, die Ruhe vorläufig wieder herzustellen und die Kriegespenster einzuweichen zu verschrecken.

Jetzt kommt alles darauf an, daß es zwischen Deutschland und den Westmächten nicht bei einer bloß vorübergehenden Annäherung bleibt, sondern daß es zu einem dauernden Zusammenarbeiten kommt. Deutschland, Frankreich und England — das wäre der einzige Dreimund, der Europa den Frieden garantieren könnte. Darf man heute auch noch nicht so kühn sein, von einer wirklichen Allianz dieser drei Mächte zu träumen, so wäre doch schon außerordentlich viel gewonnen, wenn in der schwebenden Orientfrage eine diplomatische Vereinbarung und Kooperation zwischen ihnen zustande käme. Es liegt an der deutschen Regierung, das begonnene Beruhigungswerk durch die Erklärung zu krönen, daß sie in der Orientfrage nichts zu unternehmen und kein Unternehmen zu stützen gedenke, das sie in feindlichen Gegensatz zu den Westmächten bringen könnte.

Von den Erklärungen der Regierung wird es abhängen, wie sich die Sozialdemokratie in dieser Frage zu ihr stellt. Die Sozialdemokratie ist eine grundsätzliche Oppositionspartei, daraus folgt aber noch nicht, daß sie immer und unbedingt das Gegenteil dessen, was die Regierung tut, für richtig erklären muß. Genau so gut wie die Sozialdemokratie trotz ihrer grundsätzlichen Oppositionsstellung jede einzelne Regierungsvorlage unbefangen prüft und sie je nach dem Ergebnis dieser Prüfung billigt oder verwirft, kann sie auch einzelne Maßnahmen der Regierung entweder gutheißen oder verurteilen. Das Berliner Zentrumorgan, die „Germania“, spielt daher eine ziemlich komische Rolle, wenn sie vorschlägt, die bürgerlichen Parteien mögen, um ihren Gegensatz zur Sozialdemokratie darzutun, eine einmütige Vertrauenskundgebung für die Regierung inszenieren.

Wir meinen, bedarf sich die Parteien des Reichstags für oder gegen die Politik der Regierung erklären, müssen sie doch wissen, was für eine Politik die Regierung eigentlich treibt. Die Schwarzen mögen sich ja in der alldeutschen Gurrapo'e, die sie sich neuerdings zugelegt haben, sehr großartig vornehmen, die auswärtige Politik ist aber doch eine zu ernste Sache, als daß sie lediglich nach den Gesichtspunkten der parteipolitischen Kammerrintrige getrieben und beurteilt werden dürfte. Kennzeichnend bleibt es dabei, daß gerade die Partei des „christlichen Geistes“ in einer Beratung der einleitenden Fragen der auswärtigen Politik nichts anderes sieht, als eine Gelegenheit, um auf die Sozialdemokratie mit ihren verwünschten Friedensbestrebungen im Reichsverbandesstil loszupauken.

Wenn es in der Absicht der bürgerlichen Parteien liegt, an Stelle einer sachlichen Debatte über die Balkanfrage eine neue Sozialistendebate zu inszenieren, so kann und das natürlich nur recht sein. Wir haben schon so viele Sozialistenbehalten erlebt, und sie sind uns alle gut bekommen! Würden die bürgerlichen Parteien aber wirklich nach dem Vorschlag der „Germania“, bloß um die Sozialdemokratie anzuzügeln, der Regierung ohne Kenntnis ihrer Absichten ein Vertrauensvotum ausstellen, so würden sie damit nur sich selber und das Reich vor aller Welt blamieren.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

Konstantinopel, 25. November. Der Minister des Auswärtigen erklärte dem Vertreter des Wolffschen Telegraphen-Bureaus, daß gestern nachmittag 2 1/2 Uhr die ersten Waffenstillstandsverhandlungen begonnen haben, indem die türkischen Unterhändler Oberst Kılıç und Reschid Paşa sich

in Batschiböj mit den bulgarischen Delegierten zusammentrafen. Bis gestern abend waren dem Minister des Auswärtigen keine neuen Vorschläge Bulgariens bekannt.

Berlin, 26. November. In Bezug auf die Waffenstillstandsverhandlungen meldet der offiziöse „Jdam“: Nachdem gestern Majim Pascha die türkischen und Sawow die bulgarischen Delegierten vorstellte, begannen die ersten Verhandlungen, wobei die Bulgaren als Hauptbedingung die Uebergabe von Adrianopel forderten. Die Türker schlugen dies Verlangen kategorisch ab. Obwohl man noch nicht von einer Unterbrechung der Verhandlungen spricht, meint doch der „Jdam“, daß die gestrige erste Aussprache beweise, daß die Forderungen Bulgariens nicht annehmbar zu sein scheinen.

Alles für den Frieden.

Zarsoje-Eselo, 26. November. Der Kaiser empfing heute den österreichisch-ungarischen Botschafter in Audienz.

Budapest, 26. November. Der „Pester Lloyd“ versichert auf Grund von Informationen an maßgebendster Stelle, trotz aller Alarmnachrichten müsse daran festgehalten werden, daß sämtliche Mächte für Aufrechterhaltung des Friedens bemüht seien. Nach Oesterreich-Ungarn sei es Deutschland, das in erster Linie für den Frieden wirke. In maßgebenden österreichisch-ungarischen Kreisen habe man keinen Zweifel an der Friedfertigkeit Russlands.

London, 26. November. Wie das Reutersche Bureau aus hiesigen diplomatischen Kreisen erfährt, ist, soweit hier bekannt ist, nichts geschehen, was den Pessimismus rechtfertigen könnte, der in einigen selbständigen Hauptstädten zu herrschen scheint und sich auch eines Teiles der hiesigen Presse bemächtigt hat. Man betont, daß die vorliegenden Tatsachen eher eine optimistische als eine pessimistische Auffassung rechtfertigen und weist darauf hin, daß die Mächte die Besprechungen fortsetzen, um die Grundlagen für die Verhandlungen der künftigen Konferenz festzustellen und betont ferner, daß die Bemühungen der Mächte darin anscheinend erfolgreich seien, daß der österreich-serbische Streit wegen der Konjunktoren ein weniger ernstes Aussehen angenommen hat und daß die Vertreter der beteiligten Mächte die Verhandlungen über den Waffenstillstand als Vorläufer der Friedensverhandlungen wieder aufnehmen.

Oesterreich und Serbien.

Paris, 26. November. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ meldet aus Belgrad: Nichts kennzeichnet die Geistesverfassung der Serben besser, als die Tatsache, daß sie bereits 60000 Mann nach Thracien geschickt haben und noch weitere 50000 Mann dorthin senden wollen, und daß sich im Lande selbst gegenwärtig keine 1000 Mann befinden. Die Serben hätten unbegrenztes Vertrauen entweder zu der Mäßigung und den Friedensabsichten Oesterreich-Ungarns oder zu dem Bestande Russlands.

Broschastka und Ebl haben sich gefunden.

Belgrad, 26. November. Nach einem Telegramm aus Mostar ist der österreichisch-ungarische Konsul Broschastka dort eingetroffen und hatte mit dem österreichisch-ungarischen Konsul Ebl eine Unterredung. Seit Montag dürfen die fremden Konsuln in den besetzten Gebieten mit ihren Regierungen durch Chiffredepeschen und versiegelte Briefe korrespondieren.

Budapest, 26. Novbr. Broschastka traf wohlbehalten in Mostar ein. Er schilderte eingehend die Abenteuer, die er in der letzten Zeit bestehen mußte. Infolge dieser Schilderungen begibt sich Konsul Ebl nach Prizrend, um festzustellen, welche Umstände Broschastka verhinderten, Nachricht zu geben.

Wien regt sich auf.

Wien, 26. November. Die hiesige „Arbeiterzeitung“ ist schon wieder konfisziert worden wegen der Wiedergabe der von dem sozialdemokratischen Kongreß in Basel beschlossenen Resolution und verschiedener dort gehaltener Reden. Der Staatsanwalt hat ferner die hier eingetroffenen deutschen Blätter „Leipziger Tageblatt“, „Berliner Tageblatt“, „Breslauer Zeitung“, „Hamburger Fremdenblatt“, und „Münchener Neueste Nachrichten“ konfisziert.

Wien, 26. November. Der Wiener Gemeinderat ist für Donnerstag nachmittag 3 Uhr zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht eine patriotische Kundgebung der Reichshauptstadt angesichts der Lage der Monarchie. Also eine kleine literale Kriegsbege.

Berlin, 26. November. In Budapest fand ein Ministerrat statt, welcher Entwürfe für Ausnahmegesetze, die im Kriegsfall rasch zur Durchführung kommen müßten, abfaßte. Seit heute ist in der Stadtbrückerei Militär beschäftigt. In Wien finden morgen wichtige militärische Beratungen statt, zu denen der Landesverteidigungsminister, Baron Jagaj, heute früh dorthin abreiste.

Fortdauer der russischen Mobilisierung.

Wien, 26. November. Nach privaten Meldungen aus Krakau dauern die Mobilisierungen in Russland mit verdoppelter Schnelligkeit fort. Hier eingetroffene Reisende berichten, daß in ganz Rußland-Polen die polnischen Regimenter gegen Ende der vorigen Woche zu Grenze nach dem Kaukasus entsandt wurden. Der Personen- und Frachteinverkehr ist auf der Linie Odessa-Batjan auf ein Mindestmaß herabgesetzt. Tag und Nacht verkehren Militärszüge in der Richtung gegen die Grenze.

Die Eroberung von Chios.

Athen, 26. November. Von dem Oberst de la Grammatice ist folgende vom 25. November datierte Depesche aus Chios eingelaufen: Die Insel Chios ist seit gestern abend besetzt. Nach

dem am selben Tage in Contari Truppen gelandet worden waren, trat ich den Marsch zur Stadt an, die ich ohne Schwertstreich besetzte, da sich die türkische Garnison, ebenso wie die übrigen türkischen Truppen, die von dem Landungsstort gleich nach der Landung zerstreut worden waren, in die Berge zurückgezogen hatten. Die Türken wurden lobann in einer Stärke von 1800 Mann von den Griechen in das Innere der Insel zurückgedrängt. Sie verloren mehrere Tote und Verwundete, sowie 26 Gefangene. Durch eine Proklamation leitete ich der Bevölkerung die Befreiung der Insel im Namen des Königs der Hellenen mit. In der Eroberung von Chios waren zwei Regimenter und zwei Batterien der Griechen beteiligt.

Die Cholera.

In Cholera sind Dekanter Blättern zufolge in St. Stefano erkrankt: Der Hauptmann a. D. Rhein, der Kriegskorrespondent der „Frankfurter Zeitung“, Legationsrat Dumiller und Hauptmann Pubert Vietich, ein Neffe des verstorbenen V. P., der als Vertreter der „Vossischen Zeitung“ sich im türkischen Hauptquartier aufhielt. Die drei Erkrankten wurden im Automobil nach Pera gebracht, Dumiller ist inzwischen gestorben, die andern sollen sich auf dem Wege der Besserung befinden.

Ein türkisches Glendebüt

entrollt der Berichtstatter der „Schles. Ztg.“ in Konstantinopel aus San Stefano, einem Ausflugsort der türkischen Hauptstadt. Er schreibt:

„Ein wirklich entsetzliches Schauspiel der Verwundung, ja der Panik bot sich mir, als ich am letzten Sonntag die Stimmung in San Stefano studieren wollte. Der unaufhörliche Kanonendonner und das erschreckende Umherschreien der Cholera mochte daran schuld sein, daß die Landungsbrücke der Linie San Stefano—Galata schon stundenlang vor Anbruch des Tages überfüllt war: Da standen unglaubliche Mäner, Frauen und weinende Kinder, neben ihnen lag in Bündeln ihre nötige Habe, mit Teppichen umwickelt. Schwerverwundete mit frisch blutenden Wunden wurden von Kameraden herangeschleppt oder getragene (die ersten Grundstücke der Krankenbeförderung sind dem hiesigen Soldaten fremd). Ich sah wieder die bekannten Tagelöhnerverbände und die als Armlager recht praktisch verwandten Mantelkapuzen nebst Tragebändern, um zerstückelte Hände und Arme zu stützen. Mit fast wahnwitzigen, stieren Augen sah die Menge erst dem Aussteigen der frisch ankommenden Truppen, dem Herauswerfen des neu gekauften Lazarettmaterials, zu. Man warnte die Bewegung des Dampfes nicht ab: Männer wagten den Sprung 2/3 Meter tief auf das noch überfüllte Deck. Dann kam herabgedröhrt, was man nachwarf oder was nachließ: strampelnde, schreiende Kinder, Rissen, türkische und europäische Frauen, ja selbst Verwundete! Man sprang anderen Leuten auf die Schultern, auf den Kopf. Die durchweg einfachen Leute auf dem Schiffe benahmen sich musterhaft. Statt zu scheitern, stiegen sie auf, was aufzufangen war. Bald war der Dampfer mit all dem Glend so überfüllt, daß er sich stark zur Seite neigte. Die Strenge hüllte, einige wagten noch den Sprung über die immer weiter werdende Lücke, und laut weinend blieben die minder Beherzten auf der Brücke zurück. Im Hintergründ brannten zwei Stadteile, und der Donner grollte in hellem Feuergrausen. Einigen der stierend und kraftlos an Bord Umherliegenden sah man die Cholera-Landebaten an, von anderen weiß ich, daß sie schon in kühler Erde liegen. C'est la guerre! (Das ist der Krieg!)... Die Soldaten brechen auf dem Markte unter Krämpfen zusammen. Embaschi und Offiziere stoßen sie mit Kolben, schlagen sie mit Säbeln: „Steh auf!“ Vorstellungen vermindriger Leute beachtet man nicht. Der den Aufbruch der Krankheit fühlt, sucht sich deshalb ins Dickicht zu schleichen, um ruhig zu sterben.“

Politische Uebersicht.

Die schwarze Kriegsbrigade.

Der außerordentliche Kongreß der christlichen Gewerkschaften, der gegenwärtig in Offen tagt, hat aus echt christlicher Begeisterung für den Frieden auf Erden auf Vorschlag

des Abgeordneten Schiffer folgendes Telegramm an den Kaiser gesandt:

„Angeichts der ersten weltpolitischen Lage erboten die zum außerordentlichen Gewerkschaftskongreß in Offen a. d. R. verammelten Vertreter von 880 000 christlich-nationalen Arbeitern Eure Majestät das Gebührende, in unverbrüchlicher Treue und Begeisterung für des Vaterlandes Größe und des christlichen Volkes Ehre jederzeit einzutreten.“

Im Kriegsfalle werden sich also die Christen gar fürchterlich in den Kampf stürzen, nachdem sie vorher ihre Begeisterung durch ein paar Schluck Junkterschmups auf das Höchste gesteigert haben werden.

Dem die schwarze Farbe bezeichnet den Mut, Sie kleidet den wahren Christen so gut!

Ober sollte es etwa auch unter den christlichen Arbeitern solche geben, denen die in der Kathedrale von Basel verkündeten Grundsätze höher stehen als die, so in Offen verkündet werden. Dann ist es hohe Zeit, ihren Austritt aus der schwarzen Brigade zu bewirken.

Der Kampf der frommen Brüder.

Im Anjäh auf die Rede Trimborns zur päpstlichen Enzyklika, die wir gestern in unserem Blatte wiedergaben, schreibt die „Kölnener Korrespondenz“:

„So sprach der Abgeordnete Karl Trimborn, der Vorsitzende der rheinischen Zentrumsparlei. Wie bemerken, daß Herr Trimborn katholisch ist. Seine Ausführungen zur Gewerkschaftsfrage sind ein Skandal, wie man ihn seit 40 Jahren auf katholischer Seite nicht mehr erlebt hat! Der Papst toleriert die christlichen Gewerkschaften auf Widerruf, das heißt: er verwirft sie im Prinzip, aber er duldet sie bis auf weiteres, weil sie selber nicht mit einem Schläge zu beseitigen sind. Und der Vorsitzende der rheinischen Zentrumsparlei wünscht denselben Gewerkschaften im Namen des gesamten Volkes besten Erfolg! Der Papst will, daß die katholischen Fachabteilungen mit aller Kraft gefördert werden, daß ihre Organisationen die überwältigende Norm in Deutschland bilden und daß der Anjäh katholischer Arbeiter an die sogenannten christlichen Gewerkschaften nur ausnahmsweise und zwar nur in denjenigen protestantischen Gegenden gebildet werde, wo die Berliner Richtung undurchführbar wäre. Der Vorsitzende der rheinischen Zentrumsparlei aber hofft, daß die sogenannten christlichen Gewerkschaften, „oben kleben“ und „unten nicht“ werden, daß ihnen die Zukunft gehört.“ Die Sympathie des Papstes ist nur auf Seiten der Berliner Richtung; der Vorsitzende der rheinischen Zentrumsparlei aber erklärt: „unsere Sympathie gehört der Richtung München-Gladbach.“ Ja, noch mehr, er erklärt, die Sympathie des gesamten katholischen Deutschland für München-Gladbach habe auf dem nächsten Katholikentage „einen überwältigenden Ausdruck gefunden.“

Der Papst beurteilt die bisherige Bahn der sogenannten christlichen Gewerkschaften und er will den Beitritt katholischer Arbeiter zu diesen Gewerkschaften nur dann vorläufig dulden, wenn sich die Gewerkschaften in Weilanstaltungen auf katholischen Boden stellen und von den Bischöfen kontrolliert werden. Und Herr Trimborn? Er ruft den Gewerkschaften zu: „Glück auf! Vorwärts auf der bisherigen Bahn!“ Das hat der katholische Zentrumsabgeordnete Trimborn, der Vorsitzende der rheinischen Zentrumsparlei, sagen dürfen in der katholischen Stadt Köln! Noch mehr als diese Trimborn'sche Rede hat uns der laien Besatz erschreckt, der ihr folgte. Kardinal Fischer erklärte, die Kölner Katholiken zählten zu den Feinden der ganzen Welt, die Kölner Katholiken, die zu zwei Dritteln ihr Leben nicht mehr halten und einem Manne zuzuhören, der einer der wichtigsten päpstlichen Enzykliken öffentlich widerspricht! Wir fragen: Gibt es in Köln und in ganz Deutschland nicht mehr beherzte katholische Männer, die mit uns Protest erheben gegen einen solchen Skandal auf katholischer Seite?!

Auch wir empfinden es als einen erheblichen Mangel, daß selbst die richtig gehenden katholischen Mandatsträger wie der allg. Herr Trimborn nicht mehr weiß, was wirklich katholisch, kirchlich und papstreu ist. Die Zeiten werden immer schlimmer.

Der Kampf um die Landarbeiter.

Im preussischen Abgeordnetenhaus tagte am Sonnabend eine Konferenz, die sich mit der Frage befahte, wie die Land-

arbeiterchaft von den modernen Organisationsbestrebungen zurückgehalten werden könne. So ziemlich alle reaktionären Körperschaften waren auf dieser Konferenz vertreten, so z. B. die Deutsche Arbeiterzentrale, der Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten, der Rhythäuser-Bund, der Förderungs- und Ausschuss für vaterländische Arbeitervereine, der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und der deutsche Wehrverein, außerdem hatten Vertreter entsandt: die Ministerien für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, des Innern und für Handel und Gewerbe. Mit dieser offiziellen Teilnahme der Regierungsvertreter ist die Möglichkeit geboten, im preussischen Landtag die einzelnen Ressortminister wegen dieser Art der Betätigung zur Rebe zu stellen.

Der Bund der Landwirte ließ durch den Freiherrn von Wangen eine Resolution vorlegen, die der Versammlung einstimmig zustimmte. In der Resolution wird zum Ausdruck gebracht, daß die scharfe Scheidung zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern, wie sie in der Industrie zutage tritt, in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung zu den bedauerlichen Verhältnissen geführt habe. Die Landarbeiter sind in einer überwiegenden Mehrzahl selber landwirtschaftliche Betriebsinhaber (!) oder haben doch Aussicht, es zu werden. (!) Die Belamtheit hat ein dringendes Interesse daran, der Uebertragung der Klassenkämpfe auf das Land entgegenzutreten. Der Stärkung der Interessengemeinschaft zwischen Landwirtschaftsunternehmern und Arbeiter dient am besten die Teilnahme der Arbeiter am Ertrag des Grund und Bodens, sowohl durch Landnutzung und Naturalablösung als auch durch Ermöglichung des Aufsteigens des selbständigen Besitzes, ferner das Zusammenarbeiten und der geistliche Anjäh an die allgemeinen ländlichen Organisationen. Die letzteren Organisationen werden aufgefordert, die Landarbeiter möglichst zur Mitarbeit heranzuziehen. In einer weiteren Resolution wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Organisationsbestrebungen auf dem Lande, soweit sie nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, vereinheitlicht werden sollen.

Es ist nicht ganz klar, wie sich die Reaktionen die Agitation unter den Landarbeitern vorstellen. Nach den angenommenen Resolutionen könnte man schließen, daß man die Landarbeiter für die Organisation der Agrarier, in diesem Falle also hauptsächlich für den Bund der Landwirte, gewinnen will. Die agitatorische Arbeit soll offenbar dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie übertragen werden, der mit seiner Tätigkeit unter der industriellen Arbeiterchaft völlig Schiffbruch gelitten hat, und den man durch Zuweisung eines neuen Arbeitsgebietes offenbar noch einige Zeit am Leben zu erhalten hofft. Die ländlichen „Arbeiterfreunde“ haben ihr „arbeiterfreundliches Herz“ allerdings so spät entdeckt, daß es ihnen wohl kaum gelingen wird, die Landarbeiter auch noch weiterhin in einem sklavischen Abhängigkeitsverhältnis zu erhalten.

Das öffentliche Wohl und die Terrainbesitzer.

Von den Fleischermeistern ist es dem Reichsminister neuerlich schon gesagt worden, daß er im kommunistischen Fahrwasser segle, jetzt haben es ihm die vereinigten Haus- und Grundbesitzer, wenn auch in etwas gewundener Form bestätigt. Sie waren am Montag auf Einladung des Verbandes zum Schutze des deutschen Grundbesitzes und Realcredits in Berlin vereinigt, um über ihre unerträgliche Lage gemeinsame Klage zu führen und, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, wies die Versammlung ausnahmslos intelligente Gesichter aus dem Mittelstande auf. Die Angehörigen des Mittelstandes Generaldirektor v. Rast, Professor Dr. van der Vorghht, Justizrat Baumert usw. setzten den Erklärungen und der Deffektivität auseinander, wie unerträglich die Last sei, die auf dem städtischen Grund und Boden ruhe, wie bald kein Mensch mehr sein Geld in Grundbesitz anlegen wolle, kurzum wie alle diese wertvollen Existenzen, die man unter der Bezeichnung Hausagrarier zusammenfaßt, am Rande des Ruins ständen. Aber während diese Reiner Spezialfragen behandelten, sagte ein anderer, der Landtagsabgeordnete Graf v. Spee, natürlich auch ein intelligenter Angehöriger des Mittelstandes, die Sache prinzipiell an. Graf Spee ist eins der Zentrumsmitglieder, die nicht einmal

Die Bagabunden.

Roman von Karl von Hollet

146

Dann würde ich (ziemlich weit von hier, doch, wenn man Geld hat, kann man schnell reisen) einen Versuch abwarten bei einem würdigen, rechtlichen, wenn auch strengen Manne und diesen um die Hand seiner Tochter bitten. Und wenn er ja sagte — die Tochter sagt nicht Nein — würde ich sie heiraten nach Liebenau und würde mich mit ihr trauen lassen in der kleinen Dorfkirche, und würde sie lieb haben; würde, mit ihr vereint, die Armen beschenken, ihnen im Winter Holz geben und Brot und warme Röde; würde ich meine Hände anpflanzen; würde ein tüchtiger Landmann sein, beglückt und zufrieden. Würde meiner alten Großmutter Gnad —

„Ja, ich bin so glücklich und jung zu heuten an, daß ich mich auch heulen muß, was sich für einen in Anjähnd gezeigter Reizen durchsicht nicht schickt! Deshalb fragte ich nicht nach Gutsen Wünschen, um auf den Friedhof zu geraten. Die Inschrift auf Sockel und Ehebett konnte mir schon besser gefallen. Alles das wären eure Wünsche? Ja, ich, nun weiß man's doch und kann sich bei Gelegenheit danach richten.“

„Ja, Schatz, das wären meine Wünsche, wenn ich noch hätte die vor einigen Monaten, — wie ich jetzt Pfla gebackt habe. Jetzt ist das hin und tot. Doch dem neuen Liebenau werde ich deshalb nicht ungetreu. Als kleiner, eifriger, selbständiger, als gebildeter, aufstrebender junger Mann lehre ich zurück. Es ist bequemer, die anderen, solche, die begehrt. Während ich hier daniederlag, habe ich es durchgehends und ertragen nach allen Seiten, — es ist das Beste, was ich tun kann. Großjährig bin ich jetzt, die Besuche von Tode meiner Mutter, mein Langjahren, alles habe ich schon auf weiß. Meiner Großmutter Ehrgefühl anjähnd werden die Gerichte mich nicht mehr haben; des Grundbesitzes bin ich ledig; das kleine Häuschen, wo ich Röhre wohne, ist mein; das Gerichte dabei. Dort will ich ruhig arbeiten, ruhig leben, wie ein armer Kerl, der ich bin. Mögen sie mich ein wenig anjähnd Mögen sie mich hochachten und beschützen, daß ich von meiner Reize um die Welt mit ein Reichmann wiederkehre; mögen sie mich Bagabunden heißen und was sie wollen, — wenn sie sehen, daß ich friedlich meinen Weg gehe, niemand belästige, werden sie mich wieder lieb haben, wie sie dem alten Häuschen Gnad lieh hatten. Ich will in Ruhe als Frieden, Ruhe, Einigkeit. Die Welt ist so schön. Ich habe genug von der Welt. Und wenn ich

in Liebenau sterbe, unbeachtet, vielleicht unbewehrt, — komme ich doch wenigstens neben diejenigen zu liegen, die mir —

„Gutmacherelement, Antoine, Ihr seid ja wie besten auf Gräber. Ich habe nichts gegen Euren Plan, im Gegenteil, ich liebe ihn; ich finde es schmerzhaft, daß Ihr eure Villa in Besitz nehmen wollt, und laßt mich im Voraus bei Euch ein auf ein Glaschen Wein; doch bleibt mir mit den Gräbern vom Hause.“ In Euren Gräber könnte ich Euch beim besten Willen nicht besuchen, weil ich nicht Platz darin fände, für mich muß es eine halbe Elle länger sein, als für euch kleine Zwerge... Dabei fällt mir mein Husar ein. Bekannt Ihr Euch noch auf ihn und seine beiden Weiber?“

„Auf alles, Schatz, auf alles. Jetzt aber gönnt mir Ruhe. Der Bau des Aufstieges hat mich angegriffen. Ich will zu schlafen versuchen, will versuchen zu träumen — zu träumen, wie schön es sein wird, wenn ich wieder einlege in meine Gräber!“

Dann sah er seinen jungen Liebling im festen Schlummer, als der Reize mit Riesenstufen: „donaillie.“ Das wird ihr willkommen sein! nie er aus und verlor sich im Walde.

Zweieundfünfzigstes Kapitel.

Zweimal schon im Laufe dieser Erzählung haben wir Anton, unseren Helden, vom Krankenlager sich erheben sehen und mit anderen guten Wünschen ins neue Leben und Leben beglückt. Jetzt, wo er zum dritten Mal vom Tode erhebt, nimmt er selbst so geringe Hoffnungen, so anjähndlose Erwartungen auf seine kleine Reize mit, daß mir aus bedenklich fragen müssen, läuft es darauf hinaus? Ist der arme Junge dann so unjähnd hin und hergeworfen, hat er darum so viel erlebt, getri, gelitten, daß er am Ende aller Enden sich glücklich schätzen muß, nur wieder einzuatmen zu dürfen, von wo er ansäug? Sollen die Erfahrungen, die er gemacht, die Widrigkeit, die er ertragen, die er sich erwar, — soll das alles um vorhanden sein, damit er in seiner Großmutter niedriger Güte Röhre liege — eine Beschäftigung, die ihm vor sechs Jahren, wo er in voller Uebung war, unjähnd hofft besser gelang, als sie ihm jetzt gelangen wird?

Und doch, wir müssen es eingestehen, was bleibt ihm übrig? Hat er nicht am besten, sich in stille Vergessenheit zu hüllen, dem Leben zu entweichen und dem Lärm des Lebens? Scheint er nicht vom Schicksal dazu bestimmt, jeder Hoffnung entzogen zu werden? Verfolgt ihn das Unglück nicht bei jedem Schritt, den er, vom Glücke gelockt und getrieben, zu unternehmen wagt? Immer besser, daß er auf der kleinen Erbschaft, die er sein nennt, das langsam hinwacht, leiblose Leben einer verarmten Pflanze beschneide, als daß er, auf

neue in gefährliche Konflikte gebracht, ihnen unterliege und ein schmachvolles Ende nehme.

„Ja, ich verstehe seine Sehnsucht nach Liebenau, nach seinem Häuschen, nach Einigkeit! Ich begreife seinen Ueberdruß an allem, was Menschen heißt und Welt und Leben! Ich höre deutlich den Widerhall eines Liebchens, das er summt und sang, während er, noch matt und schwach, sein Bündel schnürte, und dessen letzte Zeile sich immer wiederholte: „Bin müde, bin müde, laß schlafen mich gehen!“

Schlammpl hatte ihm bereits Lebenswohl gesagt, und er hatte nur schüchtern Abschied genommen, unter dem Vorwande, daß unjähndige Besellungen und Einladungen ihn riefen, daß Willkür von Ratten und Mäusen, dem Verderben gemeint, seiner mühsigen Lebensweise harrten. Anton aber war der Meinung, daß dieser Vorwand eben nur ein Vorwand sei, durch den der gutmütige Riese fernerer Dankagungen, verjähnd jedoch der ihm zugebundenen Entschädigung oder Belohnung habe entgegen zu wollen. „Ein zartfühlender, großmütiger Rattenjäger! Vielleicht kann ich's ihm doch bereinst vergelten, was er für mich getan. Vielleicht sucht er mein Häuschen auf, um darin zu leben.“

Der Förster und seine Durstigen begleiteten Anton bis an ihres Baldes Grenzen. Seit den letzten Tagen wollte es ihm bedünken, wie wenn sein Gastgeber ein anderes Wesen gegen ihn angenommen hätte, als derselbe während der verstorbenen zwei Monate an den Tag gelegt. Und jetzt auf dem Wege durch den Wald trat diese Veränderung unjähndbar hervor. Die herbe, treuherzige Freundlichkeit eines von eigener Antz würde überzeugten Beamten war verschwunden, an ihre Stelle eine fast verlegene Artigkeit getreten, die sich bei wiederholten Anjähndungen von Antons Dankgefühl nicht mehr an große Zurückweisung bescheiden mochte, sondern ein verbindlich ablenkendes Schwitzen entgegenstellte. Auf sein dringliches Befragen, ob man ihm jähnd, wurden dunkle, unjähndliche Andeutungen erwidert, die von „wunderbaren Verhältnissen“ sprachen und zuletzt befürchten ließen, sein Besuch beim Grafen von Erlenstein könne den Bemühern des Fortwärtigen umgewandelt sein. Deshalb gab er ferneres Befragen auf, statte nochmals den innigsten Dank für alle Wohlthaten ab und schied von dem wadereu Förster, der sich schiedens „seiner Gnad“ empfahl.

„Meiner Gnad?“ — Entweder mein guter, alter Gönner hat heute früh zu tief in sein Häuschen geguckt, — oder Schlammpl, der Schein, hat einen seiner schlechtesten Späße gemacht und den leichtgläubigen Waldmännern aufgebunden, sie beherbergen einen Prinzen, der infolgt reisen will. Es etwas sieht ihm ähnlich, dem langen Ungelück!

(Fortsetzung folgt.)

platonisch für das gleiche Wahlrecht in Preußen eintreten und wahrscheinlich sind für ihn bei der Ablehnung dieser Demokratisierung dieselben Gründe maßgebend, die ihn bestimmen, die Interessen des organisierten Haus- und Grundbesitzers zu unterstützen. Sein Programm fasste er am Montag in die Sätze zusammen:

Die Grenzen zwischen dem sogenannten öffentlichen Wohle und den Interessen des Privateigentums sind es wieder einmal zu revidieren... denn die Geschichtsforscher haben uns darüber belehrt, daß der Anfang vom Ende großer Kulturperioden immer damit begonnen hat, daß man solche Auffassungen vom öffentlichen Wohle betätigte.

Deutlicher gesprochen: das öffentliche Wohl ist eine reere Phrase. Bestimmend für die Politik darf nur die Rücksicht auf das Privateigentum, auf den Kapitalprofit sein. Das ist die Plattform, auf der sich städtische und ländliche Grundbesitzer vereinigen. Damit ist aber auch die Streitfrage deutlich umgrenzt: Öffentliches Wohl oder Privateigentum? Die „intelligenten Mittelständler“ rufen: Schutz des Privateigentums! Die Vertreter des öffentlichen Wohls: Vergeßenschaftung von Grund und Boden!

Protestversammlungen gegen Krieg und Kriegsgefahr. Eine mindestens von 3000 Personen besuchte Volksversammlung in Lübeck erhob am Sonntag vormittag nach einem eingehenden Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Schöpf in unterschiedenen Protesten gegen den Krieg und gegen das Bestreben gewisser Kreise, Deutschland in die Kriegswirren mit hineinzuziehen. Im Lübecker Landgebiet fanden vier, im Fürstentum Lübeck neunmal beachtliche Demonstrationsversammlungen gegen den Krieg statt.

Eine gewaltige Friedensdemonstration wurde am Sonntag in Elberfeld veranstaltet. Geplant war die Demonstration bei gutem Wetter unter freiem Himmel, bei schlechtem Wetter im Zirkusgebäude. Sie mußte auch im Zirkusgebäude abgehalten werden. Lange vor Beginn der Versammlung war der Innenraum des Zirkus dicht gefüllt. Im Hauptsaal waren 6000, in einem Nebenraum noch weitere 3000 Personen anwesend. Als die Polizei schließlich alle Zugänge absperrte, zogen weitere Tausende von Besuchern in ein anderes Lokal, und hier wurde eine dritte Versammlung abgehalten. Da aber diese dritte Versammlung nicht polizeilich angemeldet war, löste die Polizei sie auf. Die Besucher gingen darauf nach dem zuerst vorgeseheneu Plage und vereinigten sich dort mit den Demonstranten der beiden Zirkusveranstaltungen. Hier waren dann 12.000 Personen versammelt. In den drei Nebenversammlungen sprachen abwechselnd die deutschen Reichstagsabgeordneten Ebert und Stüdemann sowie der holländische Abgeordnete Lercher unter drausendem Beifall. In der Schlussversammlung auf dem Plage wurde eine Sympathieausdrückung an den Kaiserkongress beschlossen und übermitleid. Die Demonstration hinterließ in ihrem würdevollen Verlauf einen großartigen Eindruck.

Weitere große Friedensdemonstrationen wurden abgehalten in Pagen, Solingen und Remscheid.

Zu den württembergischen Landtagswahlen. Die Nationalliberalen haben nunmehr in enger Hand mit der schwarzen Rechte zum Abschluß geordnet. Sie unterstützen die Konservativen in Leonberg, Waiblingen, Künzelsau und Neckarsum und ernten dafür die konservative Hilfe in Neuenbürg, Göppingen, Neulingen-Unt und Westheim, in welsch letzterem Bezirk aber schon im ersten Wahlgange die Konservativen für die Nationalliberalen eintraten. Gegenüber der Volkspartei halten die Konservativen alle Kandidaten aufrecht. In Weislingen unterstützen sie das Zentrum und lassen die Nationalliberalen fallen. Die „ohne Ausbeutung einer Gegenleistung“ von der Volkspartei den Konservativen gegen das Zentrum gewährte in Neckarsum und Künzelsau war von der konservativen „Reichspost“ verhöhnt. Diese Hilfe sei von niemand begehrt worden. „Wir danken dafür! Mit politischen Chamäleonswollen wir nichts zu tun haben“, laut das Blatt. Die Konservativen und das Zentrum sind fuchsteufelswild über das sozialdemokratische und völksparteiliche Abkommen.

Die agrarische Volksversicherung. Der agrarische Generalsekretär Rapp ist seinem Ziele, eine Volksversicherung zu schaffen, die den Agrarier Mittel zur Verfügung stellen soll, um einen Schritt näher gerückt. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit fand in Berlin eine Sitzung statt, an der etwa 200 Personen teilgenommen haben; darunter die Abgeordneten Graf Schwerin-Löwitz, Erzberger, Fäßbender, Giesberts, Weder-Weinberg, Schiffer-Magdeburg, Eichhoff, Dr. Crüger, ferner Vertreter des Bundes der Landwirte, des Bauernbundes, des Zentralverbandes der Scharmacher, der christlichen Gewerkschaften, der „Gelben“ und des Reichsverbandes der Sozialdemokratie. Die verbündeten Regierungen hatten 32 Vertreter entsandt, der Reichsminister schickte ein Begrüßungsschreiben. Die Zusammenkunft dieser Versammlung allein läßt schon erkennen, wozu der Weg führen soll. So lange Gewerkschaften und Genossenschaften das Gebiet der Versicherung unbeachtet ließen, dachten die Reaktionskräfte nicht daran, sich auf diesem Gebiete zu betätigen. Jetzt auf einmal macht alles in Volksversicherung. Die denkende Arbeiterklasse wird sich hüten, den Junkern Mittel zur Verfügung zu stellen, die durch ihre lauer verdienten Groschen ausgebracht würden, sie wird mit aller Macht für das eigene Unternehmen, für die „Vollversicherung“ wirken. Reichsverbandler Gelbe und Junker sind zu wohl bekannt, als daß ihnen die Arbeiterklasse ins Garn gehen könnte.

Das neue Organ des bayerischen Zentrumsministeriums. Von offizieller bayerischer Seite wird nun die Gründung einer „Bayerischen Staatszeitung“ ausgeben. Zentrumsminister vom reinen Wasser sind die treibenden Kräfte und die Träger des neuen Zeitungsunternehmens.

Eine Klage gegen das Auswärtige Amt. Die „Neue Gesellschaftliche Korrespondenz“, die die Alarmnachricht über die nahe Kriegsgefahr in die Presse gebracht hatte, die von der „Nordd. Allg. Ztg.“ demontiert wurde, erklärt, daß sie den Chef des Pressebüros des Auswärtigen Amtes verklagen werde, weil in dem Dementi von unlauteren Motiven gesprochen worden sei.

Für die Landtagswahl in Tellow-Beckow haben die Sozialdemokraten, dem „Vorwärts“ zufolge, den Gutbesitzer Döfer-Kleinlantz als Kandidaten aufgestellt.

Bei der Reichstagswahl in Greifenberg-Kammin. Die für den gestorbenen konservativen Abg. v. Normann erforderliche Wahlberechtigung v. Rittergutbesitzer v. Flemming-Wasenthu (kon.) 9726, Hauptmann a. D. v. Buttkeamer (nl.) 3070 und Lagerverwalter Meyer (Soz.) 782 Stimmen. Zerplittert waren 3 Stimmen. v. Flemming ist gewählt.

Bei der Wahl im Januar hatte v. Normann erhalten 10.274, der nationalliberale Kandidat v. Buttkeamer 4165, der Sozialdemokrat 1183 Stimmen.

Ausland.

Ein Demonstrationsstreik gegen den Krieg.

Der französische allgemeine Arbeiterbund hat sich an dem Friedenskongress in Basel nicht beteiligt, weil dort nicht der Generalkongress als Allheilmittel gegen den Krieg im voraus beschlossen werden sollte. Diese syndikalistische Richtung hat deshalb zu gleicher Zeit mit dem Baseler Kongress einen eigenen Kongress in Paris abgehalten. Dort ist nun im Prinzip beschlossen worden, einen 24stündigen Generalkongress als Protest gegen den Krieg zu unternehmen. Ein Datum wurde nicht festgelegt. Eine Abstimmung über die weitergehenden Anträge wurde durch den Generalsekretär Foucauz verhindert.

Letzteres ist mit Recht geschehen; denn über die Mittel, die zur Verhinderung von Kriegen anzuwenden sind, beschließt man nicht öffentlich im voraus. Um aber weiter nichts zu tun, als einen 24stündigen Generalkongress „im Prinzip“ zu beschließen, lohnte es wirklich nicht, einen besonderen Kongress abzuhalten. Die Syndikalisten hätten also getrost in Basel mit erscheinen können.

Vor der italienischen Deputiertenkammer.

Rom, 27. November. Der italienische Ministerpräsident Giolitti legte gestern der italienischen Deputiertenkammer gemeinsam mit dem italienisch-türkischen Friedensvertrag von Lausanne auch den bisher geheim gehaltenen modus procedendi vom 15. Oktober zum Abschluß vor.

Die Finanzlage Portugals.

Finanzminister Ferreira legte der Kammer mehrere Vorschläge vor, die dazu bestimmt sind, die Finanzlage des Landes zu bessern. Er erklärte, daß für 1912/1913 das tatsächliche Defizit 1.500.000 Pfund gegen rund 850.000 Pfund für 1911/1912 betragen werde. Der Finanzminister stellte fest, daß die schwebende Schuld 19.600.000 Pfund betrage und der Zinsendienst für die konsolidierte portugiesische Staatsschuld jährlich allein sich auf 6.100.000 Pfund belaufe. Die Finanzlage ist demnach unzweifelhaft schwierig, aber nicht aussichtslos.

Mitglieder des französischen Arbeiterbundes vor Gericht.

Vor dem Pariser Schwurgericht hatten sich am Dienstag mehrere Mitglieder der Föderation du travail wegen Beschimpfung der Armee und Aufreizung zum Ungehorsam zu verantworten. Die Geschworenen bejahten die Frage der Beschimpfung, verneinten aber die Frage zur Aufreizung zum Ungehorsam. Das Urteil gegen die 19 Angeklagten lautete auf drei Monate Gefängnis und 100 Franks Geldstrafe. Die Verurteilten verließen unter dem Rufe: „Nieder mit dem Krieg!“ den Saal.

Eine Wahlschlapp der Konservativen.

Man schreibt uns aus London vom 25. November: Bei einer am Sonntag stattgefundenen Erwahlung in Bolton, einem Industriezentrum der Grafschaft Lancashire, hat der liberale Kandidat das Mandat mit nur ganz wenig verminderter Mehrheit behauptet. Das ist unter den gegenwärtigen Umständen ein vernichtender Schlag für die Konservativen, die sich beinahe schon im Besitze der Macht wähnten. Die Haltung der englischen Wählermassen ist demnach unerschütterlich geblieben: so wenig sie mit der liberalen Regierung zufrieden sein mögen, so dumm sind sie jedenfalls nicht, daß sie sich der offenen schutzjöllnerisch-imperialistischen Reaktion ausliefern.

Die Liberalen haben ihren Erfolg den Arbeiterwählern zu verdanken, die mit verschwindenden Ausnahmen für ihren Kandidaten stimmten. Hätte die Arbeiterpartei einen eigenen Kandidaten aufgestellt, oder auch nur Stimmenthaltung empfohlen, dann wäre der liberale Kandidat rettungslos verloren gewesen. Das wissen die Liberalen sehr gut und werden es sich wohl merken. Besonders fällt noch ins Gewicht, daß für die Arbeiterwähler offenbar der Umstand den Ausschlag gegeben hat, daß der malistische liberale Abgeordnete Edwards, der in der Unterhauskommission über die Osborne-Vorlage sich sehr energisch für die Interessen der Gewerkschaften einsetzt, in zwölf Stunden einen Aufruf an die Arbeiter Boltons gerichtet hat, worin er sie warnte, daß der Sieg der konservativen Kandidaten die Umstoßung des Osborne-Urteils erschweren werde. Nach dieser Erfahrung wird sich die Regierung vielleicht hüten, die Interessen der Gewerkschaften in diesem Punkte leicht zu nehmen.

Der Ausschluß der ungarischen Opposition.

Am Montag fand die erste Plenarsitzung des ungarischen Parlaments nach der Delegation statt. Das Gebäude war von einem doppelten Polizeischutz und Gendarmeriekräften umgeben. Militär war diesmal nicht herangezogen worden. Die Sitzung ist in Abwesenheit der Opposition in vollster Ruhe verlaufen. In den Wandelgängen wurde über den Ernst der Situation viel diskutiert. 18 Ausschließungen sind jetzt aufgehoben worden. Dienstag vormittag fand eine Konferenz der Opposition statt.

Die Wahlen in Rumänien.

Bei den Kammerwahlen des dritten Wahlkörpers wurden gewählt: 16 Konservative, 20 demokratische Konservative, 3 Liberale. Eine Stichwahl ist erforderlich.

Die demokratische Mehrheit im amerikanischen Senat.

Nach einer Kabeldepesche aus Washington ist der demokratische Senator Rayner gestorben. Mit seinem Tode wird die Frage der demokratischen Mehrheit im Senat wieder brennend. Bisher hat eine demokratische Mehrheit von einer Stimme bestanden, jetzt existiert Stimmengleichheit. Doch gibt die Stimme des demokratischen Vizepräsidenten, der Vorsitzender des Senats ist, den Ausschlag.

Rußland und China.

Der Minister des Außenwesens Luchengshiang versicherte dem russischen Botschafter, daß die auf dem Marsch nach Koba befindlichen chinesischen Truppen den Befehl erhielten, nicht weiter vorzurücken. In den letzten Tagen wurde eine energische Beförderung chinesischer Truppen nach dem Inneren der Mongolei beobachtet.

Der russisch-mongolische Vertrag.

Der Anlaß zu den gemeldeten chinesischen Klagen gegen Rußland gibt, hat, wie der „Berne Offen“ meldet, nachstehenden Wortlaut:

1. Rußland gewährt dem Chutuia eine Anleihe von 5 Millionen Rubel (10 Millionen Mark), die auf das ganze Gebiet der äußeren Mongolei eingetragen wird.
2. Der Chutuia erkennt die Oberhoheit des Kaisers von Rußland über die Mongolei an.
3. Die Mongolen können als vollberechtigte Russen naturalisiert werden.
4. China hat sich in Zukunft in die Angelegenheiten der Mongolei nicht mehr einzumischen. Die Vertretung der Mongolei nach außen übernimmt Rußland.
5. Rußland gewährleistet alle mongolischen Anleihen gegen das Recht der Überwachung der Finanzverwaltung.
6. Ohne Rußlands Zustimmung darf der Chutuia einer fremden Macht kein Gebiet abtreten, noch irgend ein Vorrecht oder ein Monopol einräumen.
7. Die Ausbeutung aller Bodenschätze, der Bergwerke sowohl wie der Wälder, Jagden, Fischereien und Ackerbaugelände ist ausschließlich russisches Vorrecht, desgleichen der An- und Verkauf der Viehherden der Mongolen.
8. Die mongolischen Truppen werden von russischen Offizieren ausgebildet und besetzt. Rußland liefert dem mongolischen Heere Waffen und die Munition.
9. Jährlich zahlt der Chutuia an Rußland einen Tribut von 120.000 Rubel (240.000 Mark).
10. Bei einem Angriffe einer fremden Macht auf die Mongolei unterstützt Rußland die Mongolei mit seiner ganzen Seeresmacht.

Nach einer Reutersmeldung aus Hongkong gleiten dortige chinesische Kaufleute, aufgebracht durch das russisch-mongolische Abkommen, ihre Einlagen aus der russisch-asiatischen Bank zurück.

Außerordentlicher Christlicher Gewerkschaftskongress.

Der zur Stellungnahme zur päpstlichen Enchiklika einberufene, von 250 Vertretern besuchte außerordentliche Kongress der christlichen Gewerkschaften wurde Dienstag vormittag im großen Saal des städtischen Saalbauers in Essen (Ruhr) eröffnet. Der Vorsitzende des Zentralvorstandes, Reichstagsabgeordneter Schiffer, schlug zunächst vor, in einem Telegramm an den Kaiser auszubilden, daß die hier versammelten Vertreter von 360.000 christlich-nationalen Arbeitern das Gelöbnis unerschütterlicher Treue erneuern und bereit seien, für des Vaterlandes Größe und des deutschen Volkes Ehre jederzeit einzutreten.

Der Vorsitzende erklärte in seiner Begrüßungsrede, es bedürfe wohl kaum der besonderen Hervorhebung und Betonung, daß auch in der gegenwärtigen Lage für die christlichen Gewerkschaften kein Grund vorhanden sei, irgend eine Forderung einzutreten zu lassen; es bleibe bei den Dresdener Beschlüssen. In den letzten 48 Stunden habe die Streitfrage eine bedeutende Wendung erfahren. Es handle sich nämlich um eine neue Interpretation einzelner Stellen der Enchiklika durch die Bischöfe, die in Fulda versammelt waren. Schiffer teilte weiter mit, daß er ermächtigt sei, zu erklären, daß die Reichsregierung von der Enchiklika vor ihrer Veröffentlichung keine Ahnung gehabt habe. Die Reichsjustiz habe besonders Wert darauf gelegt, daß dies heute in Essen vor dem Kongress erklärt werde.

Den Hauptbericht erstattete Sekretär Stegerwald. Er sagte zur Enchiklika selbst, sie erfolge den friedlichen Zwecken, den nun schon seit zwölf Jahren andauernden Streit im katholischen Lager über christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen zu beenden und teile eine neue Interpretation der in Fulda versammelt gewesenen Bischöfe mit, eine Interpretation, die auf Anregung des Bischofs Dr. Schulte in Baderborn zustande gekommen sei und die Bedenken gegen gewisse Stellen der Enchiklika wegnähme, in denen man eine äußerste Erschöpfung, wenn nicht Unmöglichkeit der Befähigung der christlichen Gewerkschaften erblickt habe. Stegerwald erklärte noch, daß er von dem Kardinal Kopp und dem Bischof Dr. Schulte ermächtigt worden sei, dem Kongress mitzuteilen, daß diese neue Interpretation die Auffassung der Fuldaer Bischofskonferenz wiedergebe.

Stegerwald malte in seiner Rede, die bereits als Broschüre gedruckt im Saale verteilt wurde, das rote Gesicht in den erschrockensten Worten an die Wand und sagte dazu: „Die Sozialdemokratie wird sich in absehbarer Zeit mit der bürgerlichen Gesellschaft auseinandersehen müssen. Da dies im Rahmen des Parlamentarismus kaum möglich ist, bleibt ihr letzten Endes kein anderes Mittel übrig, als der politische Massenstreik, den sie schon 1905 in ihre Kampfmittel aufgenommen hat. Solange in Deutschland eine starke christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist, sind diese Pläne der Sozialdemokratie nicht realisierbar.“ Die Rede endete mit einer scharfen Verurteilung der Weltener Klärung und einer großen nationalen Pause unter dem freudigen Beifall der anwesenden Zuhörer.

Im Sinne dieses Beschlusses bewegten sich auch die Erklärungen aller nachfolgenden Redner, deren Liste schon gleich nach dem Referat bekanntgegeben wurde. Den Reigen der sogenannten Diskussion eröffnete der Sekretär Vogelmann vom christlichen Gewerkschaftsbund der Bergarbeiter; es folgten dann ein Vertreter der Textilarbeiter, der Krankenpfleger, der Eisenbahner, der Holzarbeiter, Fräulein Behm als Vertreterin der Heimarbeiterinnen, ein Vertreter des Guttenbergbundes, der Vater, der Betriebs- und Fabrikarbeiter und ein Vertreter der Lederarbeiter.

Johann Giesberts richtete dann noch einen Appell an die Trübsandtrüben, indem er die christlichen Gewerkschaften als Stütze religiöser Treue und nationaler Gesinnung empfahl. Mit einem Schlusswort des Vorsitzenden Franz Behrens-Essen wurde der Kongress nach vierstündiger Dauer geschlossen, und alle Beteiligten freuten sich, daß die so gut verlaufene M-Glabbacher Kräftprobe gegen Rom so buchstabenmäßig erfüllt nach dem vorher von M-Glabbach durchgesehenen Programm verlaufen war.

Die Resolution, aus der wir folgenden Auszug wieder geben, legt erneut fest, daß die christlichen Gewerkschaften auf der Grundlage der Dresdener Beschlüsse verharren. Dann heißt es wirklich:

„Die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter haben auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Selbsthilfe denselben Weg eingeschlagen, den vor ihnen alle anderen Erwerbsbüchsen gegangen sind. Sie behaupten die gleiche Selbstständigkeit, die Hunderte einflussreicher und mächtiger Unternehmerorganisationen, wie Laufende gewerblicher und häuslicher Genossenschaften, Bauernvereine, Innungen, Detailhändlerverbände, Vereinigungen der Ärzte, Juristen, Beamten usw. Erneut bezeugen wir, die christlichen Gewerkschaften, die mit dem wirtschaftlichen und nationalen Leben Deutschlands aufs engste verknüpft, sind die einzige deutsche Gewerkschaftsorganisation, die sich neben der sozialdemokratischen Bewegung entscheidende Bedeutung verschafft hat. Sie sind nach deutschen Verhältnissen eine soziale, wirtschaftliche und nationale Notwendigkeit. Staat und Volksgemeinschaft haben ein Lebensinteresse daran, daß nicht die antinationalen, Christenfeindlichen Sozialdemokratie die allein herrschende Monopolstellung in den deutschen Gewerkschaften erziele. An Charakter, Organisationsform und künftiger Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften wird an allen diesen Erwägungen nichts geändert. Wir arbeiten weiter wie bisher.“



5847
Bismarckstraße 7. — Verlag der „Weltanschauung“, G. m. b. H. — Druck von
H. Schmitt, G. m. b. H. — Druck in Berlin, Stern 2. Jahrgang.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 27. November.

Zur Stichwahltagung

erfolgt heute Mittwoch, abends von 8 Uhr an die Materialausgabe an alle Mitglieder und Wahlhelfer in folgenden Lokalen:

- 'Bergkeller', Kleischlaustraße 33, 'Fürstentronc', Fürstentroncstraße 22, 'Schweizerhof', Schweizerstraße 23, 'Oesterreichischer Hof', Friedrichstraße 49, 'Wilhelmsburg', Reudorfstraße 64.

Genossen! Nur wenn Hunderte ihre Hilfe zur Verfügung stellen, kann der Sieg errungen werden.

Zur Gewerbegerichtswahl.

Alle die Arbeitgeber, die noch keine Wählerkarte ausgefüllt haben, aber gewillt sind, bei der Wahl der Arbeitgeberbeisitzer die Liste des Kartells der freien Gewerkschaften zu unterstützen, werden ersucht, im Arbeiter-Sekretariat Nikolaistraße 18/19 die Wählerkarte abzuholen.

In die Gewerkschaftsverbände wird das folgende Ersuchen gerichtet, auch die Arbeitslosen in die Wählerliste eintragen zu lassen. In der Karte ist an der Stelle, wo nach dem Namen des Arbeitgebers gefragt wird, zu setzen: Zurzeit arbeitslos. Es sei ferner darauf hingewiesen, daß zurzeit noch nicht organisierte Arbeiter auch die Wählerkarte ausfüllen können. Genossen, nützet die Zeit; es sind nur noch wenige Tage!

Der Kartell-Ausschuß der freien Gewerkschaften.

Der Schmerz der Schlesischen Zeitung.

Auch an die Ohren unseres Breslauer Weltblattes ist so etwas wie eine Nachricht von dem Internationalen Sozialistenkongress in Basel gedrungen und so veröffentlicht es in seiner Dienstag-Nummer folgenden ausführlichen und objektiven Bericht:

Die Sozialisten hatten gegenwärtig einen internationalen Kongress in Basel ab, um mit ihren üblichen heuchlerischen Phrasen gegen den Krieg zu protestieren. Daran ist nun nichts Verwunderliches oder Berührendes. Aber gerade als eine Blasphemie muß es bezeichnet werden, daß dieser internationalen Religionsfeinde, Juden und Christen die allerschwerste Missetat als Versammlungsort von der Kantonsregierung eingeräumt worden ist!

Nicht von der Kantonsregierung, sondern von den kirchlichen Behörden ist uns das Münster eingeräumt worden — die Kantonsregierung bewilligte nur den — Kaiserhof für die Aufstellung des Festzuges. Vielleicht ist das noch „berichtenswert“ für die Leibesmägen der patriotischen Abonnenten der „Schles. Zeitung“. Daß eine Kirche einmal dem wirklichen Evangelium für den Frieden dient, das ist allerdings für Säbelpatrioten vom Schlage der „Schles. Zeitung“ ein schwerer Schlag. Denn ohne den Herrn im Himmel fällt doch kein Sperling vom Dache und kein Sozialist ins Baseler Münster. Wie ist das zu erklären?

Die verbotene Versammlung.

Immer, wenn die Sozialdemokraten eine Versammlung unter freiem Himmel veranstalten wollen, gerät die Breslauer Polizei in Aufregung, und wiederholt ist sie schon mit einem Verbot dazwischengeschlagen. Am 20. Oktober sollte im Garten des Cafe Restaurant, also neben dem König-

lichen Schlosse, eine Versammlung tagen für ein freies Preußenwahlrecht, gegen die Zensur und den Krieg. Man denke nur, im Innern der guten Stadt Breslau und vor dem Hause des Kaisers und Königs eine Versammlung der roten Umstürzler! Ist das nicht schrecklich? Das darf nicht geschehen, denn was soll daraus werden, sagte sich unser Polizeipräsident und verbot die Versammlung. Aber die Sozialdemokraten wußten Rat; sie gingen zuerst in die Säle des Cafe Restaurant und verlegten dann die Kundgebung in den Garten, jedoch damit die Versammlung unter freiem Himmel trotz des polizeilichen Verbots errichtete war.

Und sind nun durch das Tagen unter freiem Himmel alle die Schreden eingetreten, die Herr v. Dypen als so selbstverständlich vorausgesetzt hatte? Ist die „Sicherheit“ gefährdet worden, kam es zu Reibungen, Zusammenstößen und Ausschreitungen, wovon im Versammlungsverbot so ausführlich die Rede war? Nichts von alledem ist geschehen, konnte passieren und wird niemals vorkommen. Die Sozialdemokratie weiß musterhafte Ordnung bei ihren Versammlungen und Festen zu halten, was sie noch immer bewiesen hat.

Kost erheuernd ist nun, daß jetzt auch der Regierungspräsident das Versammlungsverbot ausdrücklich billigt. Die Versammlung unter freiem Himmel wird verboten, aber doch abgehalten, nichts ereignet sich von dem Umfange, das Herr v. Dypen vorher verkündet, und am Ende sagt auch der Regierungspräsident, ja, die Versammlung mußte verboten werden, denn die Befürchtungen lagen nahe, daß es zu „Erschüssen“ u. s. w. kommen würde. Das verstehe, wer will! In übrigen auf den längeren Verweil des Regierungspräsidenten einzugehen, ist unnötig. Er trägt nur die alten Geschichten vor, die schon Herr v. Dypen erzählt hat. Wie haben seinerzeit ausführlich die „Gründe“ unseres Polizeipräsidenten gewürdigt und können auch heute nur sagen, gerade die Versammlung unter freiem Himmel, die trotz alledem zustande kam, ist eine glänzende Widerlegung des ganzen polizeilichen Verbots.

„Enoch Arden“ vor dem Kammergericht.

Der Holzarbeiter-Verband in Breslau veranstaltete am Fuhlage des Jahres 1911 für seine Mitglieder eine Aufführung des Melodramas „Enoch Arden“. Damit war aber die Polizei nicht ohne weiteres einverstanden. Einmal sagte sie, das Fest ist „öffentlich“. Es mußte deshalb nicht nur bei der Behörde angemeldet werden, nein, es hätte auch die Zensur eingeweiht werden müssen. Dann aber, weil es sich um eine Feste am Fuhlage handelte, sei zu beachten, an diesen Tagen sind „nur Aufführungen geistlicher Musik in Kirchen und in den Räumen solcher Konzerte- und Theaterunternehmungen erlaubt, deren Zweck es ist, Darbietungen zu veranstalten, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet.“ Das Gewerkschaftshaus, so sagte man, zählt nicht zu diesen Räumlichkeiten, und darum die Strafe.

Das Schöffengericht und das Landgericht verurteilten die angeklagten Genossen Koblitz vom Holzarbeiter-Verband und Masch als Geschäftsführer des Gewerkschaftshauses zu Geldstrafen. Es wurde Revision eingelegt, die Rechtsanwältin Dr. Seugler in eingehenden Rechtsausführungen vor dem Kammergericht verteidigte. Das Kammergericht hob die Verurteilung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt:

Die Feststellungen des Landgerichts reichten nicht aus zur Verurteilung. Man müsse danach unterscheiden, daß das Landgericht annehme, trotz der öffentlichen Bekanntmachung hätten nur Mitglieder und ihre Familienangehörigen Zutritt gehabt, und daß das Landgericht ferner allein aus der großen Mitgliederzahl des Zweigvereins folgere, daß die Mitglieder nicht in persönlichen Beziehungen zu einander stehen können und es sich so um eine öffentliche Veranstaltung handle. Das wäre

rechtlich bedenklich. Ein innerer Zusammenhang, der für den Begriff der geschlossenen Gesellschaft erforderlich sei, könne aus geschlossen werden aus der Gemeinhaftlichkeit des sachlichen Zweckes, daraus, daß es sich um Personen desselben Berufs handle, die dieselbe politische Gesinnung und dieselben Interessen hätten. Andererseits könne es natürlich auch bei solchen Vereinigungen vorkommen, daß die Mitgliederzahl derart groß und der Erwerb und der Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Bedingungen geknüpft sei, daß von einer inneren Gemeinschaft keine Rede sein könne. In dieser Richtung fehlten aber alle Feststellungen. Das Landgericht müsse deshalb in eine erneute Prüfung eintreten. Dabei werde es aber auch zu erörtern haben, ob nicht dadurch, daß die Willens an bestimmten Stellen zu haben waren, auch anderen Personen als Mitgliedern, Familienangehörigen und geladenen Gästen der Zutritt möglich war.

Ja, so ein Gewerkschaftsfeier am Fuhlage ist eine öffentliche Sache; es beschäftigt die Polizei und drei Gerichte, und nach Jahr und Tag ist noch nicht entschieden, wer Recht hat.

Der Gehektwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe

Beschäftigte am Montag der Versammlung des Breslauer Detaillisten-Vereins. Redner des Abends war der Handelskammer-Syndikus Dr. Niesenfeld. Wenn dieser Herr über soziale Fragen spricht, dann wissen unsere Leser im voraus, daß die Handelsangehörigen für ihn so gut wie nichts — die Prinzipale aber alles bedeuten. So kam es selbstverständlich auch diesmal.

Der Vortragende übte an der Gehektvorlage eine scharfe Kritik und vertrat die Ansicht, daß bei weiterer Einschränkung der Sonntagsarbeit die Kaufleute einen großen materiellen Schaden erleiden würden. Jetzt soll auch der Großhandel getroffen werden. Die Sonntagsarbeit soll verboten werden oder höchstens zwei Stunden zugelassen werden. Au dem Großhandel dürfe nicht gerührt werden, weil er der Vermittler zwischen Groß- und Kleinhandel sei und beide in Mitleidenschaft gezogen würden. Der Großhandel dürfe in der Sonntagsarbeit nicht gehindert werden, sonst könne er nicht den Geschäftsvorkehr mit der Kundenschaft aufrecht erhalten. Die weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit würde sich auch im Detailhandel recht fühlbar machen, besonders dadurch, daß der Entwurf nicht mit einem Worte das „Zwischenbedienen am Sonntag“ berühre; gerade das sei eine berechtigende Forderung der offenen Ladenhüter. Sehr merkwürdig ist die Beurteilung des Professors Niesenfeld für seine Ansichten. Die völlige Sonntagsruhe sei gewiß nicht nur für Angestellte, nein auch für Prinzipale sehr begehrenswert; auch diese würde es gern sehen, wenn sie sich nach sechsstägiger anstrengender Tätigkeit einen Tag der Ruhe gönnen könnten. Aber die Entwicklung unseres Handels- und Verkehrswezens lasse es nicht zu. Auch nicht eine Stunde Rast könne sich der Kaufmann bei unseren modernen Verkehrseinrichtungen gönnen.

Wichtig waren des Redners sonstige Gründe gegen die Sonntagsruhe. Wenn die Cholera, die in der Türkei wütet, zu uns herüberkäme, wenn wir eine Leberchwennung hätten, wenn eine Mobilmachung käme und die Geschäfte müssen am Sonntag geschlossen bleiben, welches Unheil könnte da passieren? Ja, sagt man, warum geht es in England und Amerika? In diesen Ländern herrscht völlige Sonntagsruhe und die Kaufleute leben auch. Ja, was in anderen Ländern? Und ist, das braucht für uns noch nicht paßend zu sein. Wenn unser Publikum so religiös und kirchlich ergötzt wäre, wie das englische, dann könnte hier auch Sonntagsruhe herrschen. Zum Schluß empfiehlt der Redner dem Verein die Annahme einer von ihm verfaßten Entschliessung, worin die Wünsche zum Gehekt niedergelegt sind.

Der Größter, der die Versammlung leitete, sprach Dr. Niesenfeld den Dank der Versammlung aus. Die Anwesenden waren sehr begeistert von dem Vortrage. Nur zwei Mitglieder, die Herren Becker und Schmidt, wagten Einwendungen; sie ersuchten die Versammlung, die Entschliessung abzulehnen und sich lieber für völlige Sonntagsruhe auszusprechen. Wenn sich Herr Dr. Niesenfeld besonders darüber bewundert, daß die Handelskammer nicht zu Rate gezogen worden seien, und auch der hiesige Magistrat kein Gutachten über die Sonntagsruhe von der Handelskammer eingeholt habe, so mag das daran liegen, daß man im voraus weiß, wie die Breslauer Handelskammer denkt, daß sie sich stets gegen die Gehektvorlagen zugunsten der Arbeitgeber ausgesprochen habe. Die Resolution wurde schließlich mit überlegender Mehrheit angenommen.

Lobe-Theater.

„Gudrun“, Trauerspiel in fünf Akten von Ernst Dardt. Ein edler Dichter, wenn auch kein großer Dramatiker, kam im Lobe-Theater gestern wieder einmal zum Wort: Ernst Dardt. Einer der wenigen, die unbekümmert um die literarische Mode, ihre eigene Straße wandeln. In einem groß angelegten und in seinen feinsten Hauptmomenten sehr fein herausgearbeiteten Werk hat er die alte nordische Heldensage zu einer Bühnendichtung umgeformt. Und die dillere Sage von der stolzen Königsstochter, die sich dem lichten Gelden Darnmut nicht geben will — obgleich ihr Herz für ihn spricht —, weil er sie, die soeben an einen andern Verlobten, zu zwingen wollte, wo er zart und züchtig war, wurde unter seinen Händen zu einem Hohenlied auf das Selbstbestimmungsrecht des Weibes. Die Darstellung und auch die Regie wurde den hohen Anforderungen der Dichtung voll gerecht. Besonders Frau Santen gab die Gudrun in einem wunderbar ablen Stil, wofür die kleine Fuchszahl, die auf ein paar Parkettbänken und in den Rängen verstreut lag, die Künstlerin am Schluß immer wieder vor die Rampe rief. Aber auch Herr Sloba war auf der Höhe. Beweiskräftig, daß sich zu diesem erlesenen Genus in dem großen Breslau nur so wenige Kenner einfinden. Denn Gudrun ist doch in der vorigen Spielzeit schon wiederholt gegeben worden.

Aus aller Welt.

Der Patriotismus als Geschäft. Der „Kunstwart“ bringt unter dem Titel „Anzeigen als Anzeichen“ von Zeit zu Zeit Interatenausschnitte, die helle Schlaglichter auf die Gefinnung und den Ausbruch bestimmter Kreise werfen. Zu was allem der Patriotismus ausgebeutet wird, zeigt folgende Anzeige aus Berliner Blättern:

Für große patriotische 1913-Sache werden zur Gründung einer G. m. b. H. 20.000 Mark (auch geteilt) gesucht. Sache zeitigt hohe Anerkennungen und bringt großen Gewinn. Herstellungskosten betragen M. 0,25; Verkaufspreis M. 2,50. Offerten an: Dipl.-Ingenieur 1813-1888-1913, u. s. w.

Drei Häuser für fünf Mark! Für diesen Preis wurden, wie man schreibt, in Göttingen diese Tage vier der Stadtgemeinde gehörende Häuser verkauft. Es sind natürlich keine Neubauten, sondern es handelt sich um recht alte Gebäude, die an der sogenannten „Braispanne“, einer schmalen Gasse aus Göttinger Zeit, gelegen sind und

die auf Abbruch verkauft werden sollten. Nachdem verschiedene Interessenten sich dahin geäußert hatten, daß sie nicht nur nichts bezahlen könnten, sondern daß man ihnen noch mehrere hundert Mark bezahlen müsse, wenn sie sich überhaupt zum Abbruche entschließen wollten, gab ein anderer Geschäftsmann ein Gebot von fünf Mark für alle vier Häuser ab.

Da er hiermit der Höchstbietende blieb, dürfte er, wenn auch nur vorübergehend, vierfacher Hausbesitzer werden.

Vier Personen schwer verbrannt. Ein ungewöhnliches Unglück hat sich am Dienstag in Berlin ereignet. In einer Gastwirtschaft Wabstraße 59 hatte ein Mädchen in einem großen Kessel Fett ausgelassen. Während sich der Gastwirt Herr Klammer und noch ein zweites Mädchen in dem Raume aufhielten, brannte das Fett an, und das Feuer ausbrach. Charlotte Elias, das am ganzen Körper Brandwunden erlitten hat. Die Haare sind der Unglücklichen vollständig vom Kopfe heruntergebrannt. Die G. wurde nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht. Sehr schwer liegt dort auch der Gastwirt R. darnieder. Ihn waren die Flammen ins Gesicht geschlagen und hatten ihn furchtbar zugerichtet. Die sechzehnjährige Ella Kalkert, die am Kessel stand, hatte ebenso wie der Kellner Felger Verletzungen am Kopf und im Gesicht davongetragen.

Beim Spielen mit einer Pistole erschoss sich selbst in Berlin der Tierhändler Reinhold Vierkant, der im Hause Weinbergsweg 11 eine Vogelhandlung betrieb. Er spielte in seiner hinter dem Laden befindlichen Wohnung mit einer geladenen Browningpistole. Pöflich entlud sich die Waffe, die Kugel drang dem Mann in die rechte Brustseite und durchbohrte die Lunge. Als ein von den entsetzten Angehörigen herbeigerufener Arzt erachtete, war infolge innerer Verblutung bereits der Tod eingetreten. Die Ehefrau war Augenzeugin des traurigen Vorfalles gewesen. Mit Schußwaffen und besonders mit Selbstspannern kann man nicht vorsichtig genug sein.

Opfer der Arbeit. Bei dem Besuche, sich von einer durchgehenden Arbeitslosigkeit durch Abspringen zu retten, wurden am Montag nachmittag unweit Taubenschlag drei Arbeiter schwer verletzt. Ein vierter Ar-

beiter wurde von einem Personenzuge erfasst und getötet. Die Schwerverletzten wurden in das Krankenhaus nach Gröbenhof geschafft.

Unwetter in Spanien. Fast aus allen Teilen Spaniens werden sehr schwere Unwetterberichten berichtet. Der Ebro ist über seine Ufer getreten und hat bei Lorioja mehrere Häuser fortgerissen. Viel Vieh, besonders Schafe, ist ertrunken. Bei Oviedo ist der Alton zum wilden, reisenden Strom geworden, der mächtige Bäume entwurzelt und die Ufer auf weite Strecken verheerte. Aus Santander meldet man Ueberflutungen im Tale des Saja. Einige Dörfer sind schwer bedroht. Auch mehrere Personen sind ertrunken. Es wütete zugleich ein heftiger Sturm.

Kampf mit Wilderern. Im Walde von Regendorf stießen n. h. der Förster Weigel und der Jagdgehilfe Curinger auf Wildbiber, die der Aufforderung, sich zu ergeben, nicht Folge leisteten. Es entspann sich ein regelrechtes Feuergefecht, wobei der Förster und ein Wilderer erschossen und der Jagdgehilfe lebensgefährlich verletzt wurde.

Die Explosionskatastrophe in der Seifabrik. Die Zahl der bei der Explosion in Baulegan (New York) Verletzten beträgt 23. Der Schaden wird auf eine halbe Million geschätzt. Das Feuer, das infolge der Explosion ausbrach, nahm eine so schnelle Ausdehnung, daß die Feuerwehr sich darauf beschränken mußte, die Verwundeten in Sicherheit zu bringen. Man fürchtet, daß noch eine große Anzahl Verletzter ihren schweren Wunden erliegen wird.

Die eingefrorenen Dampfer. Wir haben vor einiger Zeit über die eingefrorenen Dampfer auf dem Amurflusse berichtet. Die Dampfer, die ihre Passagiere in unwirtlicher Gegend, hundert Meilen von jeder Niederlassung entfernt, an Land setzen mußten, sind: „Donau“ mit 500 Passagieren, „Sibir“ mit 604, „Admiral Makaroff“ mit 400, „Wurou“ mit 520, „Tamar“ mit 380, „Zorkuloff“ mit 1220, „Berlitzk“ mit 350 Passagieren. Dazu kommen noch etwa 30 Dampfer mit 50 bis 100 Passagieren, meistens Arbeitern oder Chinesen. Die Ausgehenden sind inzwischen gerettet worden. Die Schiffsgesellschaften, die für ihren Transport aufkommen mußten, haben große Verluste erlitten. Die Schiffe stecken noch im Eis.

Ein schwerer Bauunfall

beschäftigte am Dienstag die erste Breslauer Straßammer, vor der sich der Maurermeister Paul Grubert aus Porschwitz und der Maurerpostler Oswald Parisch aus dem Neugärtner StraÙe wegen fahrlässiger Tötung verantworten mußten. Die Anklage stützte sich auf folgenden Sachverhalt:

Der Angeklagte Grubert bekam im Sommer 1912 den Auftrag in Gargitz, Kreis Wohlau, ein Haus einzurichten und an dessen Stelle ein neues zu erbauen. Auf Anordnung des Bauherrn sollte ein massiver Gipsfeller stehen bleiben, was nach den Bestimmungen der Bauordnung auch zulässig ist. Es wäre aber Gruberts Pflicht gewesen, den Gipsfeller fest abzustützen, um jede Sturzgefahr zu beseitigen. Entgegen den allgemein anerkannten Regeln der Baukunst unterließ die Aufstellung des Pfeilers, wahrscheinlich aus Sparsamkeitsrücksichten. Während der Pfeiler nur vierzig Zentimeter tief stand, wurde die Kellersohle 1,20 Meter tief gegraben. Auch war der Pfeiler nicht fundiert, denn er stand auf Sand. Alle diese Umstände wirkten es, daß der Pfeiler am 5. Juni einfiel und den Bauarbeiter Schillies verschüttete. Die Verletzungen des Arbeiters waren so schwer, daß er kurze Zeit nach dem Unfall starb. Die Section der Leiche ergab als Todesursache einen Bedenbruch und eine schwere Zerreißung der Blase. Der Arbeiter Obst wurde zum Glück nur leicht verletzt. Der Staatsanwalt erachtete Grubert und Parisch als verantwortlich für den schweren Unglücksfall. Das Urteil lautete gegen den Maurermeister Grubert auf einen Monat, gegen den Polier Parisch auf zwei Wochen Gefängnis.

Achtung, Holzarbeiter! Wir weisen nochmals auf die vom Holzarbeiterverband Donnerstag, den 28. November, abends 8 Uhr, angelegten zwei öffentlichen Versammlungen hin. Die eine tagt im „Vergelteter“, Kleinschulstraße, die andere im „Königsgrund“, Söckstraße. Die Arbeiter haben in den größten Zahlstellen die Verträge gekündigt, sodaß rund 50.000 Kollegen beim Ablauf der Verträge in Betracht kommen. Berücksichtigt man noch, daß um dieselbe Zeit auch im Baujahr fast alle Verträge ablaufen, so stehen wir vor einer sehr gespannten Lage. Diese Tatsache zwingt uns, alle Kollegen mobil zu machen, um sie über den Ernst der Lage aufzuklären. Wie in den Zahlstellen des ganzen Reiches, so erwarten auch wir von den Breslauer Kollegen, daß sie alle in den Versammlungen erscheinen.

Arbeiter-Sängervereinigung, Ortsgruppe Breslau. Wir machen nochmals auf die jedschönliche Probe aufmerksam, die Donnerstag, den 28. November, im Mildes Lokal, Gräblichenerstraße 74, abgehalten wird. Geht werden: „Die Herbstnacht“ und „Lord Byron“.

Von der Oberpostdirektion. Als zweite Rate zum Bau des neuen Dienstgebäudes für die Oberpostdirektion in Breslau sind im Etat der Reichspostverwaltung für 1913 noch 400.000 Mark eingestellt. Der Bau soll im ganzen 1.079.000 Mk. kosten.

Die neue Polizeiverordnung betreffend das Drochschenschweigen wird vom Polizeipräsidenten veröffentlicht und tritt zwei Wochen nach ihrer Verkündung in Kraft, mit welchem Zeitpunkt alle früheren diese betreffenden Polizeiverordnungen außer Kraft gesetzt sind.

Der Raubmord auf der LeutheustraÙe wird am 4. Dezember 1912 das Schwurgericht in Breslau beschließen. Die Anklage wird Staatsanwaltschaftsrat Gläker vertreten. Zwei hiesige Rechtsanwälte haben die Verteidigung des Angeklagten Vermusie übernommen.

Wegen Meineides und Anstiftung zum Meineid stand das Diensthilfsamt Alice Brodke aus Ratibor am Dienstag vor dem Breslauer Schwurgericht. Nach dem Eröffnungsbeschluss soll sie im Mai 1912 den Arbeiter Paul Jung zu einer wesentlich falschen und beschworenen Aussage vorzüglich verleitet und am 8. Juli vor dem hiesigen Amtsgericht selbst einen Meineid geschworen haben. Was der Anklage zugrunde lag, konnte man nicht erfahren, weil hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde. Die Geschworenen verneinten alle Schuldfragen, worauf das Gericht die Angeklagte freisprach.

Schlägerrei. In einem heftigen Tanzlokal entfiel nachts ein Schläger, in deren Verlauf einem der Beteiligten so mit dem Fuß in den Leib getreten wurde, daß er demüthlos zusammenbrach; er mußte in seine Wohnung geschafft werden.

Unfall auf der Straße. Am Montag wollte ein Kutscher auf der Gräblichenerstraße seinen Wagen besorgen. In diesem Augenblick scheuten die Pferde vor seinem Wagen, der mit solcher Wucht gegen einen Holzwagen prallte, daß er fast völlig zertrümmert wurde.

Vermisst wird seit dem 22. November das 16 Jahre alte Diensthilfsamt Anna Schirrol, das zuletzt in Giesdorf, Kreis Namslau, in Stellung gewesen ist. Von da hat sich das Mädchen an genanntem Tage plötzlich in Rückenkleidung entfernt und nach Breslau begeben, von wo aus es auch eine Karte an ihre Eltern sandte, auf der Selbstmordgedanken zum Ausdruck kommen. Das Mädchen, das hier in Breslau bisher nicht ermittelt werden konnte, ist mittelgroß, unleserlich, hat schwarzes Haar, braune Augen und trug Rückenkleidung. Es ist auch anzunehmen, daß es sich bei einer Stellenvermittlerin aufhält.

Graber Unruh über Studentenalt? In der Nacht zum 26. November sind von der Mauer zwischen dem Botanischen Garten und dem Schulgrundstück die Drähte auf eine Länge von 5 Meter abgerissen, herabgeworfen und zertrümmert worden. Angaben zur Ermittlung der Täter werden an das Polizeipräsidium erbeten.

Schulbüchergang. In der Nacht zum 20. November ist die große Schwanenstraße einer Drögerie auf der FichtestraÙe aufgefunden durch einen Schuß zertrümmert worden.

Tiefhölle. Aus dem Hofraum des Hauses Klosterstraße Nr. 14 wurde ein grüner, etwa 4 Meter langer und 5 Meter breiter Leppich im Werte von 50 Mk. gestohlen, aus dem Hausflur des Grundstücks SadowasträÙe 33 ein Kinderwagen Marke „Drennabor“ mit Inhalt, mit Hinterrädern.

Geldräuber. In der vergangenen Nacht haben Diebe den Versuch gemacht, in ein Kontor im Hause Tauentzienstraße einzudringen. Sie mußten aber bei ihrer Arbeit gehindert worden sein, denn sie entfernten sich, ohne ihr Vorhaben auszuführen.

Verloren wurden mehrere Portemonnaies mit Inhalt, eine braune Lederhantel mit Inhalt, eine silberne Damenuhr mit goldener Kette und Anhänger, ein goldenes Stiefelband, eine große Menge Konsumwaren und ein fünfzigmarkiges.

Gefunden wurden: eine schwarze Handtasche mit Inhalt, eine Lederbrille, drei Portemonnaies mit Inhalt, ein schwarzer Damenschirm, zwei Fahrräder, 10 Mk. Geld, ein goldener Ring mit Stein.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Die Sonntag vor Weihnachten. Der Landrat Dr. Bickelhans macht bekannt, daß in Sandbühl Breslau ausschließlich der unter genannten Ortschaften an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten in allen Zweigen des Landbesitzes außer der gesetzlich freigegebenen fünfzehntägigen Beschäftigungzeit eine Beschäftigung von Gehilfen, Bedienten und Arbeitern in einem Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen nachmittags von 3 bis 6 Uhr erlaubt ist.

In den Ortschaften Brodau, Cosel, Klein-Gandau, Rosental Groß- und Klein-Tschansch ist in gleicher Weise wie in der Stadt Breslau an den beiden genannten Sonntagen die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in einem Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen von 7 bis 9 Uhr vormittags und von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends zulässig.

In allen Dörfern des Landkreises Breslau sind also nur die beiden letzten Sonntage vor Weihnachten „geschäftsfrei“; in der Stadt Breslau aber die drei Sonntage am 8., 15. und 22. Dezember.

Märzdorf, Kr. Ohlau, 25. November. Ein Mißbegieriger. Am 17. November fand hier ein Lichtbilder-vortrag der Genossin Wartenberg statt, der außerordentlich gut besucht war und so heilsam, namentlich von den Frauen, aufgenommen wurde, daß eine Wiederholung von vielen Versammlungsbesuchern gewünscht wurde.

Leider war dafür an anderer Stelle kein Verständnis vorhanden, denn der Gastwirt Gohl erhielt nach einigen Tagen folgendes Schreiben:

Märzdorf, den 23. November 1912.

Herrn Gasthausbesitzer R. Gohl erlaube ich umgehend, mir mitteilen zu wollen, wie die Frau hieß, wohnt und ob sie die polizeiliche Genehmigung hatte, welche am vergangenen Sonntag die Lichtbilder-Vorstellung in Ihrem Saale gab.

Der Gemeindevorsteher, Schulz.

Zur Befriedigung der Mißbegierde des Herrn Schulz wollen wir mitteilen, daß solche Fragen nur ein Amts-vorsteher stellen kann. Ein Recht dazu hat aber selbst dieser nicht einmal. Das wurde erst vor Jahresfrist dem Amtsvorsteher von Deutsch-Lissa nachgewiesen, der ebenfalls nach dem Erlaubnißschein der Genossin Wartenberg fragte. Da wir nun auch dem Gegner gegenüber häßliche Leute sind, wollen wir dem Herrn Gemeindevorsteher von Märzdorf verraten, daß die genaue Adresse der Genossin Wartenberg in der Redaktion der Volkswacht zu erfragen ist.

Schlesien, Bosen und Nachbargebiete.

Die staatsgefährliche Totenfeyer.

Eine Totenfeyer sollte, so lesen wir im „Proletarier“, am Sonntag im Saale des „Fürst Bismard“ zu Striegau stattfinden. Die Versammlung bezweckte weiter nichts, als der Toten des Proletariats zu gedenken, umso größere Verwundung erregte es, daß sich auch der Herr Amtsanwalt v. Martius zu der Versammlung eingefunden hatte, und als die Versammlung beginnen sollte, überreichte der Herr Amtsanwalt dem Leiter der Versammlung einen mit dem Siegel des Amtsanwalts des Amtsgerichts Striegau versehenen Brief.

Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und ließ die Sänger zunächst ein Lied vortragen, das ernst und würdig, dem Tage entsprechend, durch den Saal hallte. Inzwischen nahm der Vorsitzende und der Referent, Reichstagsabgeordneter Feldmann, Notiz von dem Inhalt des Schreibens. Der Inhalt desselben ist folgender:

Amtsanwalt

Kr. 331/12

Striegau, 21. November 1912.

An Herrn Polizeikommissar Langer, hier, als Einberufer der heutigen öffentlichen Versammlung im Fürst Bismard oder seine Vertreter.

Da ein gewisser Verdacht (!!) vorliegt, daß die öffentliche politische Versammlung im Fürst Bismard eine Zuzückerhandlung (!!) gegen die Gesetze in sich schließt, erlaube ich um Einräumung eines Platzes in der Versammlung.

Mein Anspruch stützt sich auf § 144,2 Gerichtsverfassungsgesetzes.

v. Martius, A. Anwalt.

Zum besseren Verständnis wollen wir hier den Absatz 2 des § 144 des Gerichtsverfassungsgesetzes wiedergeben, er lautet:

Ein unzulässiger Beamter der Staatsanwaltschaft hat sich denjenigen innerhalb seines Bezirkes vorzunehmenden Amtshandlungen zu unterziehen, in Ansehung welcher Gefahr im Verzuge obwaltet.

Reichstagsabgeordneter Feldmann ließ sich vom Vorsitzenden das Recht des Versammlungszersetzens übertragen und in Anbetracht dessen, daß § 13 des Vereinsgesetzes bestimmt, daß die Polizeibehörde nicht mehr als zwei Versammlungen in eine Versammlung schicken darf und in weiterer Erwägung, daß das Versammlungsrecht für ganz Deutschland einheitlich im Reichsvereinsgesetz geregelt ist, sodas andere gesetzliche Bestimmungen nicht Platz greifen können, erklärte er dem Herrn Amtsanwalt, daß, wenn er als einfache Privatperson an der Versammlung teilnehmen wolle, niemand etwas dagegen habe, wolle er aber als Gerichtsperson der Versammlung beizutreten, so mache er (Feldmann) auf die Bestimmung des Vereinsgesetzes aufmerksam. Ueberhaupt handele es sich eigentlich nur um eine unpolizeiliche Versammlung, in der wir unserer Toten gedenken wollen, sodas die ganze Ueberwachung überflüssig und die Versammlung sei nur angemeldet, wenn doch das polizeiliche Gebiet, woran uns niemand hindern könnte, betreten werden sollte. Der Herr Amtsanwalt berief sich weiter auf das Gerichtsverfassungsgesetz, auch dürfe man einen Beamten nicht in Ausübung seines Amtes hindern, es könnte (Schreck!) R. d. B.) eine Demonstration-beraumung (noch schrecklicher! R. d. B.) sein. Wie sie in letzter Zeit mehrfach stattgefunden, es könnten Angehörige des Reichsanwaltschaftsandes anwesend sein usw. Feldmann wies in seiner Entgegnung immer wieder auf die klaren Bestimmungen des Vereinsgesetzes hin. Der Herr Amtsanwalt erklärte noch, daß er nicht provozieren wolle und die Stimmung bedauere. Schließlich kam er auf das Podium und setzte sich mit Genossen Feldmann aneinander. Der Herr Amtsanwalt brachte endlich zum Ausdruck, daß er sich in seinen Voraussetzungen wohl getäuscht habe, und entfernte sich darauf.

Damit war das Vorspiel, das uns in unserer Totenfeyer gespielt hatte, erledigt. Genosse Feldmann gedachte nun unsere Toten; er erinnerte an Lassalle, Marx, Engels, Liebknecht, Bergsöber aber auch nicht unseren letzten Verstorbenen Heinrich Raubach, der so viele Jahre in unserem Kapitelsitz tätig gewesen. Völligster lebhafter Beifall lohnte dem Redner für seine hinstreitenden Ausführungen. Nach ein erstes Lied trugen die Sänger vor, und unsere Totengedächtnisfeier, die der Schwärze so große Bejammung berechtigt hatte, war beendet. Beim Nachhinein meinte man der Versammlungsbesucher: Können wirklich die Toten so gefährlich sein?

Jetzt brecht man sich über verschiedene Urteile wegen angeblicher Uebertretung des Vereinsgesetzes wahrlich nicht mehr den Kopf zerbrechen, wenn solche Auffassungen schon am grünen Holze vorhanden sind.

Leipe, Kreis Jauer, 27. November. Erschlagen. Montag nachmittags waren 6 Arbeiter mit dem Roden von Radelholz im Forst Groß-Rudowitz beschäftigt. Durch einen herabfallenden Stamm wurde der Arbeiter Wilhelm Gansler aus Klein-Rudowitz an den Hinterkopf getroffen und sofort tot. Er war 68 Jahre alt und verheiratet.

Brieg, 27. November. Auf zur Gewerbegerichts-wahl! Die letzte Kartellwahl befaßte sich mit den am Montag, den 2. Dezember, d. B., stattfindenden Gewerbegerichtswahlen. Als Kandidaten wurden aufgestellt:

Schriftföher Karl Beer, Schriftföher Franziska Dous, Buchbinder Emil Müller, Zigarrenmacher Hermann Busch, Handschuhmacher Paul Menzel, Fabrikarbeiter Johann Pollok, Fabrikarbeiter Robert Weisler, Drechler Hermann Michalle, Lötter Robert Walter, Maurer Hermann Reiter, Metallarbeiter Karl Schmittalle, Kolporteur Wilhelm Pollok.

Nur ein Kampf, der mit aller Energie geführt werden muß, kann uns in diesem Jahre den vollen Sieg bringen. Wie auf allen Gebieten, so auch bei den Gewerbegerichtswahlen, versuchen es Maulwürfe schlimmer Art, sich Positionen zu sichern. Von dieser Seite wird im geheimen agitiert. Die gesamte organisierte Arbeiterchaft Briegs muß und wird dafür sorgen, daß den „Christlichen“ gleich beim ersten Versuch die Luft zur nachmaligen Vertreibung genommen wird. Deshalb geschlossen zum Kampf, zum Sieg!

Neumarkt, Stadtvorordneten-Sitzung vom 22. November. Der Schließliche Ausschuss für entlassene Gefängnisfranke zu Lebus hat die Stadtvorwaltung um einen jährlichen Zuschuß. Der Magistrat empfiehlt den Beitritt der Stadtgemeinde mit einem Jahresbeitrag von 6 Mark. Herr Stadtvorordneter Simon stellte den Antrag, 10 Mark für diesen Zweck anzulegen; letzterer Antrag wurde abgelehnt und der, des Magistrats angenommen. Der Vorschlag der Verwaltungskosten der Stadtparkasse wird für 1912 in Höhe von 5210 Mark angenommen. Der nächste Punkt der Tagesordnung, die vom Verschönerungs-Verein vorgeschlagene Schmutzanlage auf dem Oberwege, der zu diesem Zweck 600 Mark aus städtischen Mitteln forbert, erregte eine längere Aussprache. Der Antrag wurde dann angenommen, jedoch mit der Begründung, daß die Ausschüsse unter Kontrolle des Magistrats und der Promenaden-Deputation zu folgt. Dann wurden neu gewählt: in das Sparfassenkuratorium Kaufmann Röhner, in die Kammererkasse Kaufmann Kränlein, in die Verwaltungsdeputation des Elektrizitätswertes Herr Hallisch und als Mitglied der Wasserwerks-Deputation Rentier Paul Hoffmann. Hierauf folgte dann eine geheime Sitzung.

Der Bahnhöfer Eisenbahn Neumarkt — Gantzh soll nicht, wie vorher angenommen wurde, am „Geldten Löwen“ errichtet werden, sondern Hollandstraße, hinter dem Schlachthaus.

— Sparkasse. Nach Paragraph 19, Absatz 2 der Sparfassenfassung hat die städtische Verwaltung beschlossen, den bisherigen Zinsfuß von 3,86 Prozent auf 3,6 Prozent festzusetzen.

Fellhammer, 27. November. Ein staatsgefährliches Drama. Gegenwärtig bringt im Waldenburger Industrie-Meier das Kempische Theater-Ensemble das in der Zeit des Ausnahmefgesetzes der 80er Jahre spielende soziale Drama „Ausgewiesenen“ von Karl Büttcher zur erfolgreichen Ausführung. In mehreren Orten konnte das anstandslos geschehen, nur in Fellhammer, wo für den Vergarbeiter-Verband am Sonntag eine Sondervorstellung gegeben werden sollte, verbot der Amtsvorsteher die Aufführung. Nach längeren Verhandlungen mit dem Landratsamt mußte der Amtsvorsteher zwar sein Verbot zurückziehen, aber die Vorstellung durfte nicht vor 6 Uhr abends beginnen, auf Grund einer alten Polizeiverordnung. Da die Gesellschaft abends 8 Uhr in einem anderen Orte spielen mußte, konnte die Aufführung in Fellhammer nicht mehr stattfinden. Der Herr Amtsvorsteher, dessen Gegnerschaft gegen das Stück in den Worten zum Ausdruck kam: „Traurig für eine solche Gesellschaft, die mit einem solchen Stück in der Welt herumzieht und Leute aufheißert!“ wird sich aber damit abfinden müssen, daß daselbst am nächsten Sonntag aufgeführt wird.

Gottesberg, 27. November. Die Stadtvorordneten wahlen in der dritten Klasse, die am Montag hier stattfanden, endeten mit dem Siege des konservativ-liberal-liberalen Kartells. Die Wahlbeteiligung war eine sehr geringe, selbst noch geringer als bei der letzten Wahl, trotzdem bedeutend mehr Wähler vorhanden waren. Von den 1297 Wahlberechtigten machten nur 585 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Davon erhielt die Liste des verbündeten Wächsmachers 362 Stimmen, während auf unsere Liste nur 222 Stimmen entfielen.

Striegau, 27. November. Bandaken hausten in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend auf dem hiesigen Kirchhofe. Das dem in der Schlacht an der Ragnha gefallenen und auf dem hiesigen Friedhof beerdigten russischen Generalmajor v. Baradowski gewidmete Denkmal — ein großer Sand-Quaderstein als Sockel und eine große reichverzierte Urne aus Sandstein — wurde durch Bubenhände arg beschädigt. Aus der Urne wurden drei größere Stücke herausgeschlagen und der schwere Sockel vom Fundament abgerückt.

Königsfeldt, 20. November. Selbstmordversuch aus Nahrungsjorgen! Am Montag nachmittags versuchte sich hier die Witfrau Pohl zu erhängen. Nachdem ihr dieses jedoch nicht gelungen war, übergab sie sich mit Petroleum und zündete dieses dann an. Schrecklich verbrannt am ganzen Körper wurde sie in das Krankenhaus überführt; es besteht jedoch wenig Hoffnung, die bedauernden Werte Frau am Leben zu erhalten. Nahrungsjorgen sind als Motiv der Tat anzusehen. Und trotzdem soll für jeden in unserem Kulturlande bis ins hohe Alter hinein geornt sein?

Glogau, 27. November. Drei Einbrecher dingfest gemacht! In der Person des Dachbeders Seibt aus Friedemost ist der dritte von der Einbrecherbande festgesetzt worden, die wochenlang zum Schrecken und Entsetzen der Einwohner von Glogau und Umgegend tagtäglich neue Einbrüche verübten. Bis jetzt sind der Handelsmann Schade aus Weischlau, der Einbrecher Mittelstedt und der Dachbeder Seibt festgenommen worden. In Gottesberg wurde der letzte durch einen Berliner Kriminalbeamten festgenommen. Bei der Haus-suchung kamen sehr viele Sachen, aus Einbrüchen und Diebstählen herrührend, zum Vorschein. 32 Einbrüche, darunter in den Orten Borkau, Klein-Schwein, Obisch, Reibau, Schmusen, Ribkau, Gölitz, Klein-Lagisch, Tschiratz, Hermsdorf, Stamschütz und Köppendorf, hat Seibt schon eingestanden. Seibt behauptet, keine Komplizen zu haben. Von dem geraubten Gelde hat E. seiner Frau 500 Mark und seinem Vater 100 Mk. gegeben. Das übrige verbrachte er in Antimierneiben. Die Wertpapiere vom letzten Einbruch in Borkau will er verbrannt haben. Hoffentlich ist nun durch die Festnahme dieser gefährlichen Einbrecher wieder die Ruhe in Glogau und Umgegend hergestellt.

Göhrz, 27. November. Die Gründung eines Kartells der hiesigen Gewerkschaften hatte sich schon seit langem als eine Notwendigkeit herausgestellt. Sie scheiterte jedoch immer wieder einmal an dem lauen Verhalten und dem mangelnden Verständnis einiger Leiter, sodann an der erforderlichen Zahl der Ortsvereine. Nachdem auch dieses letztere Hindernis beseitigt ist und die erforderlichen einleitenden Schritte getan sind, werden die betreffenden Vorstände ersucht, in ihren Mitglederversammlungen entsprechend einem Beschlus des Ausschusses hierzu Stellung zu nehmen und den Obmann desselben spätestens bis zum 15. Dezember die Namen der Kartelldelegierten zugehen zu lassen.

Jauchitz, 27. November. Eisenbahners Ende. Der Beisensteller Behrend wurde beim Rangieren eines Zuges überfahren und auf der Stelle getötet.

Nussbaum-Biere
sind bekömmlich!

Stadt-Theater

Mittwoch 7 1/2 Uhr: 5057
„**Canthariden**“.
Sommerabend 7 1/2 Uhr:
„**Der Kreuzabwurf**“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„**Stella Maria**“.
Sonntagabend 7 1/2 Uhr:
„**Der Schmuck der Madonna**“.

Lobe-Theater

Mittwoch 7 1/2 Uhr: 5053
„**Magdalena**“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„**Lottchen's Geburtstag**“.
Freitag 7 1/2 Uhr:
„**Die fünf Frankfurter**“.
Sonntagabend 7 1/2 Uhr:
„**Magdalena**“.
Sommerabend 7 1/2 Uhr:
„**Lottchen's Geburtstag**“.
Samstag 1. Male:
„**Eine fürliche Maulschelle**“.

Thalia-Theater

Mittwoch: Humboldt-Verein.
Abonnement-Vorstellung. Graue Karten.
Freitag: Humboldt-Verein.
Abonnement-Vorstellung. Rote Karten.
„**In Sa'lissement**“ 5050

Schauspielhaus

Mittwoch 8 Uhr: 5075
Samstag 50. Platz:
„**Der liebe Augustin**“.
Die folgenden Tage dieselbe Vorstellung.

Liebig's Etablissement.

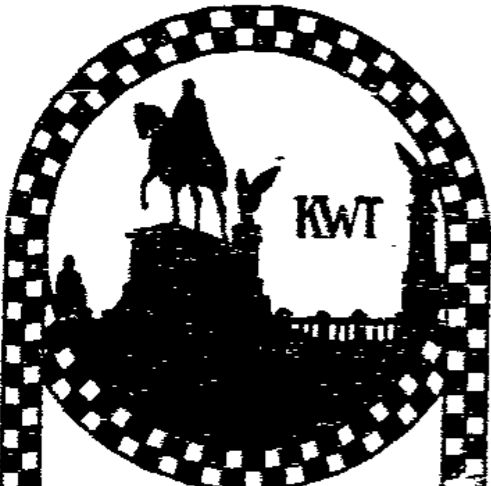
Letzte Woche
Der zerbrochene Spiegel
und das brillante
November-Programm!
Anfang 8 Uhr. 5045

Viktoria-Theater

Gastspiel 5051
Blatzheim
Wenn der Vater mit d. Sohne.
In der Sommerfrische.
Anfang 8 Uhr. Bons gültig.

Zeltgarten

Das neue erstklassige
Programm.
Anfang 8 Uhr. Bons gültig.
Im Tunnel:
Tägliche: 5053
Boobierfest.



Kaiser Wilhelm Theater

Neue-Schweidnitzerstr. 19

Vom 27. - 29. November 1912

Nur für Erwachsene! 5015

Erstaufführung für Breslau.

Herzensadel

Gesellschaftsdrama in 2 Akten.

Erstaufführung für Breslau.

Die Tochter des Blinden

Ein rührendes Drama.

Farbenkino-Photographie in höchster Vollendung.

Erstaufführung für Breslau.

Telephonische Verbindung

Humoristischer Schläger

gespielt von Max Linder und Mademoiselle Napirkowska.

Joppen Ulster

5 1/2 Mk. 10 Mk.

Herren-Modell H. Lindner.

Mittwoch, 41. II. (Samstag)

Trinkt

Nussbaum-Lager!

KNORR

macht 45 Sorten Suppenwürfel
sie sind die besten!

- | | | |
|----------------|--------------|------------------|
| Bohnen | Frühling | Pilz |
| Elergerste | Geflügel | Reis |
| Eiernudeln | Gemüse | Reis m. Julienne |
| Eierriebele | Gerste | Reis m. Tomatea |
| Eierspätzle | Goulasch | Rumford |
| Elersternchen | Gries | Sago |
| Erbsen grün | Grünkern | 7 Schwaben |
| Erbsen fein | Haferflocken | Spargel |
| Erbs m. Speck | Haumacher | Tapioka |
| Erbs m. Schink | Kartoffel | Tapioka-Julienne |
| Erbs m. Ohren | Königin | Tomaten |
| Erbs m. Gemüse | Linsen | Weibertreu |
| Frankfurter | Pariser | Blumenkohl |

3 Teller 10 Pfg.

- | | | |
|-------|----------------|---------------|
| Curry | Felne Julienne | Ochsenschwanz |
| Krebs | Mockturtle | Wildpret |

3 Teller 15 Pfg.

Wir verschenken

- 1 Anzug
1 Ulster
1 Paletot
1 Joppe
1 Hose

gutgehende Taschen-Uhren
und andere entzückende passende
Weihnachts-Aufmerksamkeiten:
gleichviel, ob Sie bei uns

Abt. I: Neue, elegante
Garderoben für
Herren und Jünglinge.

Abt. II: Wenig getragene Mass-Garderoben

für 8.—, 10.—, 12.—, 16.—, 20.— usw. 5081

Gesellschaftsanzüge teilweise für 5.—

Reisevergütung III. Klasse nach Breslau bis 3 Mk., bei Einkauf von 20 Mk. an.

Kaufhaus für Herren-Garderoben

G. m. b. H.

Neue Schweidnitzerstrasse 6

an der Gartenstrasse.

Vornehm

Wir empfehlen:
Wilh. Wolff's gesammelte Schriften.
Aus dem Inhalt sind besonders hervorzuheben:
.: Die Kasematten in Breslau .:
Das Elend u. der Aufruhr in Schlesien
Die Schlesische Milliarde.
Preis in Leinen gebunden Mk. 2.—
Zu beziehen durch die Expedition u. die Kolporteurs.

Der Wahze Jakob, Heft 10 Pj.

Sie empfehlen:

Die Französische Revolution in Wort u. Bild.

Interessanter Lekt — 20 meist ganzseitige Abbildungen
nur 3,00 Mark.
Zu beziehen durch die Expedition u. die Kolporteurs.

UNION THEATER

Grabenstrasse 6/8 am Karlsplatz. 6029
Asta Nielsen
Wenn die Maske fällt
Schauspiel in 3 Akten.
Entree 25 Pf.
Humoristische und erste Rezitationen.

Palmengarten

Münsterberger
Stadt-Orchester.
7 bis 12 Uhr. 5020

Zirkus Busch

Welt-Kino.
Heute Mittwoch:
Neues Riesen-Programm.
Bekräftende Leidenschaft.
Bruder und Schwester.
Nobini, das Mädel.
Entsagung.
Djinnis. 5039

Entree 19 Pf.

für 2. Platz. Anfang 5 1/2 Uhr.
Von 7 bis 7 1/2 Uhr jeder (Erwachsene)

• 1 Kind frei. •

Trinkt 5892
Nussbaum-Bock!

Überzieher.

Anzüge

Anzahlung
Nebensache!

Möbel

einzelne Stücke,
ganze Einrichtungen.

Bequemste
Abzahlung.

Max Biemann.
52 Ring 52, I. Stages
neben der Stockgasse.

Kataloge gratis.

Lieferung
nach auswärts franco.

Die 10 Gebote u. die besitzenden Klassen
von Hoffmann — 30 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition

Das schönste Geschenk
ist ein

Uhrkette!

Grosses Lager

Elektra-Ketten

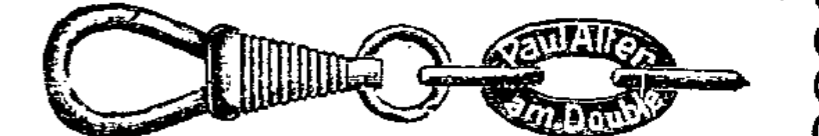
Gold elektrisch plattiert, 2 Jahre schriftliche
Garantie Stück von 300 Mk. an

Amerikanische Gold-Doublé-Ketten
Gold auf Komposit. gewalzt, 5 Jahre schriftliche
Garantie Stück von 500 Mk. an

Amerikanische Gold-Charnier-Ketten
extra starke Goldplatte, 10 Jahre schriftliche
Garantie Stück von 800 Mk. an

Union-Ketten
Gold auf Silber gewalzt. Ersatz für massiv Gold
15 Jahre schriftliche Garantie Stück von 1400 Mk. an

Grosse Auswahl von
echt gold. und silb. Ketten.



Beachtenswert. In meinen Ketten ist der
gesetzliche Münzstempel-
Qualitätsstempel, sowie meine Firma eingepreßt und zeichnen
sich dieselben durch 6010

Schöne aparte Muster,
ff. Hochglanzpolitur,
Beste Fabrikate und
Billige Preise aus.

Grösstes Aufsehen erregt meine Uhrketten-Ausstellung

Paul Alter

Uhrketten-Spezial-Haus

Kupferschmiedestrasse 17, Ecke Schmiedebrücke
vom Ringe aus rechts. 6010

Halali von Achleitner.

Geschichten aus den Bergrevieren. 15 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition und die Kolporteurs.

Germinal

Sozialer Roman von
Emile Zola.

Packende Schilderungen
aus dem
Bergarbeiterleben.

Preis nur 1.— Mk.

Zu beziehen durch die
Expedition u. die Kolporteurs.

Verleih-Institut
eleganter

Frack-

und Rock-Anzüge
Chapeau-Claves.

H. Mohaupt

Schweidnitzerstrasse 8 a, I
Eingang Karlstrasse
(früher Albrechtstrasse).
Tel. 1301.

Trinkt

Nussbaum-Pilsner!

Internationaler Sozialistischer Kongress.

Zweiter Verhandlungstag.

Basel, 25. November 1912.

Vorsitzender Greulich eröffnet die Vormittagssitzung mit einem Dank des Bureau für seine Wahl. Da die Verhandlungen noch heute beendet werden sollen, muß die Sprache des Präsidenten sehr beschränkt sein. Vor 13 Jahren schrieb die "Times" über den damals in Basel abgehaltenen vierten Kongress der alten Internationale, diese sei eine große Seele in einem kleinen Körper. Mit der bürgerlichen Gesellschaft nach, wie wir damals sehr schnell fertig zu werden, aber über das was war die große Seele außerordentlich geteilter Meinung. Der Körper der neuen Internationale ist groß, aber unsere Seele ist nicht kleiner, sondern nur klarer geworden, und es bestehen zwischen uns höchstens einzelne tatsächliche Differenzen. Wir sind zusammengekommen, um Stellung gegen den Krieg zu nehmen. Ich möchte wünschen, daß wir nicht zu einem Debattierklub über den eingehenden Antrag der vorbereitenden Kommission werden und daß untergeordnete Meinungsverschiedenheiten hinter die großen Richtlinien zurückgedrängt werden. (Beifall.) Greulich erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, dem übrigens nur zwei Sozialisten, Wagner und Müllerleger, angehören, für die Gläubigerschuld und dem Verrechnung für die Befreiung des Münzweises den Dank des Kongresses auszusprechen. (Beifall.)

Die Delegierten.

Sekretär Gysmans teilt mit, daß 518 Delegierte angemeldet sind, 75 Deutsche, 59 Oesterreicher, 32 Belgier, 60 Schweizer, 1 Bosnier, 6 Ungarner, 2 Kroaten, 8 Dänen, 2 Finnländer, 120 Franzosen, 13 Großbritanniern, 9 Holländer, 18 Ungarn, 11 Italiener, 3 Luxemburger, 3 Norweger, 20 Polen, 2 Portugiesen, 2 Rumänen, 36 aus Rußland, 8 Schweden und 28 Schweizer.

Unter den eingetroffenen Telegrammen meldet eins aus Budapest, daß die Polizei die Friedensversammlungen aufgesperrt und brutal gestört hat, worauf sich ein blutiger Kampf mit der Polizei und den Gendarmen entspann.

Die sozialistischen Abgeordneten der russischen Duma

erklären ihre Solidarität mit dem Kongress und Wladimiroff teilt mit, daß tausende Arbeiter in Petersburg und Moskau in einen eintägigen Proteststreik gegen die Kriegsgefahr eingetreten werden. Weitere Telegramme senden die bulgarische Partei der "Engländer", die holländischen Post- und Telegraphenbeamten, die ukrainischen Genossen, die rumänische Partei Italiens und verschiedene bürgerliche Friedens- und Friedensvereinigungen. Der Kongress tritt in seine Tagesordnung ein. Als erster Referent zu dem alleinigen Thema "Die internationale Lage und die einheitliche Aktion der Sozialdemokratie gegen die Kriegsgefahren" erhält das Wort

Jaurès-Paris:

Er begründet die Resolution, die wir gestern veröffentlichten. Jaurès hebt hervor, daß die Resolution politische Arbeit ist, denn sie zeigt den Regierungen, daß eine Politik der internationalen Solidarität möglich wäre, wenn man sich von eigenartigen Ambitionen fernhalten wollte. Die Resolution macht aber die Regierungen auch durch den Hinweis auf die denkbar revolutionärste Situation, die ein großer Krieg schaffen könnte. (Lebhafte Beifall.) Die Regierenden müssen wissen, daß sie den in ihrem Denken und Fühlen getriebenen Arbeitern zumuten würden, nicht nur ihr Leben, nein, auch ihr Gewissen preiszugeben. Unser Kongress begnügt sich nicht, die der gesamten Internationale gemeinsame Grundzüge festzulegen, sondern betont vor allem auch die Notwendigkeit und Einheitlichkeit unserer Aktion. Wir müssen dies in den Parlamenten und in den Massen betreiben, damit leisten wir wirksame Arbeit gegen den Krieg und führen zugleich den Beweis, daß die proletarischen Interessen zusammenfallen mit den Interessen der ganzen Kultur und der Menschheit. (Stürmischer Beifall.) Die Internationale vertritt alle sittlichen Kräfte in der Welt und wenn wir uns einmal ganz hingeben müßten, dieses Bewußtsein würde uns führen und stärken. Nicht nur äußerlich, sondern aus unserer tiefsten Empfindung heraus sagen wir: Wir sind zu allen Opfern bereit! — (Stürmischer Beifall und große Bewegung.)

Wider Adler-Wien

steht die volle Einigkeit der Internationale über ihre Stellungnahme zur Kriegsgefahr fest und verweist die von der vorbereitenden Kommission des Internationalen Bureau vorgeschlagene Resolution. Lassen Sie mich, so fährt er fort, nur einige Worte von mir selbst aus dazu sagen. Wir haben gesehen, daß das Manifest alles ist, was innerhalb der proletarischen Seele in diesem Moment lebt, der Schrei nach Frieden, der Abscheu vor dem Völkermord. Es führt soweit kein neues Element in die Internationale ein. Mit dem heutigen Tag tritt die Internationale einen Schritt hinaus über das, was sie bisher getan hat. Wir haben bisher Prinzipien erörtert und uns über das Programm, die Grundzüge und die allgemeinen Regeln der Taktik zu einigen gesucht. Darüber hinaus und zwar in dem gegenwärtigen entscheidenden Moment, wo die Ratslosigkeit der Diplomaten, wo der Wahnsinn der Mächtigen der Erde gegeneinander tobt und unerbittliches Elend herauszubeschwören droht, in diesem Moment, wo wir uns alle fragen, was will denn dieses Oesterreich-Ungarn — es will, es will, es will, es will, aber was will es, was will Deutschland, was will Rußland? — In diesem Moment der größten Verwirrung, die mit die größte Gefahr für die Völker bedeutet, haben wir eine Kraftprobe und, wie ich glaube und wie Sie zustimmen werden, ergiebige Zusammenfassung der proletarischer äußeren Politik vor Sie gelegt. (Stürmischer Beifall.) Zum ersten Male, und das wird die geschichtliche Bedeutung dieses Kongresses bleiben, zum ersten Mal geben wir nicht nur Ausdruck der Verdammung, erklären wir nicht nur den Ruf zur Energie, sondern mit klaren Worten und in bestimmten Sätzen geben wir die Richtlinien für die proletarische Politik aller Länder und was das wichtigste ist:

Wir sind darüber vollkommen einig.

(Stürmischer Beifall.) Parteigenossen und Genossen, wir empfinden alle, in welcher schmerzlichen Moment wir hier beisammen sind. Ich kann nicht sagen und wir alle können nicht erkennen, wie weit wir bereits in das kommende Unheil hineingeschritten sind. Ich fürchte, so wenig wie wir wissen, wie weit wir schon dem ungeheuerlichen Ereignis entgegengetreten sind, so wenig wissen es die herrschenden Klassen, die die Menschheit in ein Verbrechen hineinzuziehen. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Lage ist automatisch herbeigeführt worden durch den Mechanismus der Kapitalgewaltigen und die Unfähigkeit der herrschenden Klassen. Bei den überall verschiedenen Verhältnissen können wir den Proletariats aller Länder keine bestimmte Richtung geben, aber wir können ihnen sagen: Alle Kräfte des Proletariats und alle Mittel des Einzelnen müssen darauf konzentriert werden, den Krieg zu bekämpfen. Wir sind nicht nur die Träger der Zukunft, sondern die Stimme des Gewissens der Menschheit und die Schützer aller Kulturträger, die gefährdet sind durch das Ver-

gnungsgang es "wahrscheinlich" ist, daß die Menschheit in der Zukunft durch den Krieg in den Untergang der ganzen geistigen und kulturellen Welt, die gewaltig, roh, barbarisch und verbrecherisch auf's Spiel gesetzt wird. (Beifall.) Nehmen Sie darum das Manifest einstimmig an und sagen Sie: Ja, das ist es, was wir wollen und dem werden wir unsere ganze Kraft und Arbeit widmen. (Stürmischer Beifall.)

Adler erklärt schließlich, da man sich beschränken müsse, trotzdem natürlich alle hier vertretenen Nationen das dringende Bedürfnis haben, zu sprechen, daß er von den Deutsch-Oesterreichern, den tschechischen Zentralisten, den österreichischen Sozialisten, den Ruthenen und Rumänen, sowie den Bruderparteien Ungarn, Kroatiens und Bosniens beauftragt sei, deren vollkommenes Einverständnis mit dem Manifest zu erklären. (Lebhafte Beifall.) Noch niemals haben uns so sorgenschwere und arbeitsreiche Tage bevorstehen, wie die, die jetzt kommen werden. Nehmen Sie das Manifest an, es ist gute Arbeit für die Internationale und für das Proletariat aller Länder. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Greulich teilt mit, daß auch mehrere andere Nationen sich der Erklärung Adlers anschließen. Dies gilt auch von Rumänien. Fair Gardie gibt für die Engländer im Auftrag des internationalen Bureau eine Zusammenfassung der Resolution und schließt mit dem Wunsch, daß, falls es dem Proletariat nicht möglich sein sollte, den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern, der Weltkrieg ein Vorpiel zur vollständigen Befreiung der Menschheit durch die soziale Revolution sein werde. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein. Inzwischen traten die italienischen und schweizerischen Delegierten zu einer besonderen Sitzung zusammen. Sie besprachen die durch die verschiedenen chauvinistischen Zeitungsnotizen hervorgerufene Preßpolemik über die italienisch-schweizerischen Beziehungen und die durch diese Polemik namentlich in der Schweiz erzeugte Verwirrung wegen der irredentistischen Bewegung, deren Ziel angeblich die Annexion des Kantons Tessin durch Italien sein soll. Nach gründlicher Aussprache kamen die Delegierten beider Länder zu der Ueberzeugung, daß die Spannung auf Ursachen zurückzuführen ist, die von gewissen Interessententeilen künstlich erzeugt wurden.

In der Nachmittagsitzung ließ die polnischen Genossen Oesterreichs ihre Zustimmung zu dem Manifest erklären. Dann erhielt

für die deutsche Delegation Haase

das Wort: Er erklärte die Zustimmung der Deutschen zu dem Manifest. (Beifall.) Die innere Geschlossenheit des Proletariats aller Länder hat auch in Basel ihren weithin leuchtenden Ausdruck gefunden. Wer von Ihnen aus dem Ausland in der letzten Zeit in Deutschland gewesen ist, hat die Ueberzeugung gewonnen müssen, daß die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften mit glühender Leidenschaft in gewaltigen Kundgebungen für den Frieden demonstriert haben. Die deutschen Proletarier lehnen sich mit tiefem Abscheu gegen den Gedanken auf, in einen brutaleren Krieg hineingezogen zu werden. In es nicht geradezu eine groteske Vorstellung, daß wegen der Frage eines serbischen Hafens an der Adria ein Weltkrieg mit seinen unermesslichen Gräueltaten ausbrechen könnte? Ein solcher Krieg wäre Völkermord und ein unfähbares Verbrechen an der Menschheit. Das ist die Ueberzeugung der deutschen Proletarier in Uebereinstimmung mit unseren Brüdern in Oesterreich hatten wir es für die Pflicht der deutschen Regierung, daß sie der österreichischen Regierung ein entschiedenes Halt zuruft auf der Bahn, die sie beschritten hat. Wir werden das im Parlament mit aller Deutlichkeit aussprechen. (Stürmischer Beifall.) Wir werden weiter verkünden, daß die deutschen Proletarier kein feindseliges Gefühl gegen das englische Volk haben. (Allgemeine Zustimmung.) Wir werden auch in Zukunft dahin wirken, daß eine Verständigung zwischen diesen beiden Staaten eintritt. (Stürmischer Beifall.) Die Versuche, die Proletarier Englands, Deutschlands und Frankreichs zu zerbrechen, müssen, wenn wir unsere Pflicht und Schuldigkeit tun, abprallen an der ehernen Solidarität der Arbeitermassen der Internationale. (Stürmischer Beifall.) Frankreich, Deutschland und England vereint die stärksten Träger der Zivilisation und des menschlichen Fortschritts. Die Einigkeit Deutschlands, Frankreichs und Englands würde auch die festeste Friedensgarantie sein und für sie einzutreten, werden wir immer als unsere höchste Aufgabe ansehen. Geht es uns nicht, den Krieg zu verhindern, so werden alle Folgen auf die zurückfallen, die ein Gemetzel angezettelt haben, wie es die Welt noch nicht erlebt hat. Was die Herrschenden auch begehnen, kommt letzten Endes doch der aufstehenden Arbeiterschaft zugute, der die Zukunft gehört. Aber diese Zukunft soll nicht einem Meer von Blut und Gräueltaten entspringen. Wir werden deshalb unter Anwendung der Methoden, die unsere Verhältnisse, unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zulassen, das Maximum unserer Kraft einbringen, um das zu sichern, was wir alle höher wollen, den Weltfrieden und unsere Zukunft. (Stürmischer Beifall.)

Für die tschechisch-polnische Arbeiterpartei sprach

Seutrup-Prag:

Oesterreich kann durch einen Krieg nichts gewinnen, sondern nur alles verlieren. Oesterreich hat von Königgrätz und Solferino nichts gelernt. Es hat Bosnien nach Albanien und Soldaten nach Bosnien exportiert, aber den Einfluss auf dem Balkan verloren. Zuletzt hat es Bosnien und die Herzegowina annektiert und dadurch den ersten Anstoß zur Balkantragedie gegeben. Sollen die imperialistischen Verbrechen der herrschenden Klasse in Oesterreich fortgesetzt werden, sollte die Arbeiterpartei wegen eines Hafens an der Adria die Oberhand gewinnen, so erklären wir Laufens tschechischer Proletarier: Es ist nicht lange her, daß das österreichische Proletariat mit Hilfe der russischen Revolution in einem großartigen geschichtlichen Ansturm das allgemeine Wahlrecht erobert und damit die tiefste innere Revolution für Oesterreich vollbracht hat. Wir wollen jetzt in Oesterreich ruhige kulturelle Arbeit betreiben und Oesterreich in die Reihe der modernen Staaten überführen. Sollte uns das unmöglich gemacht werden, so wird das gesamte tschechische Proletariat mit allen seinen Krerten und Herzen seine ganze Kraft Schuttern an Schuttern mit dem ganzen österreichischen Proletariat einlegen, damit die österreichische Sozialdemokratie ihre Aktion mit vollem Erfolg zu Ende führen kann. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Troelstra-Amsterdam:

erklärt namens der Sozialdemokratie Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Finnlands, Belgiens, Luxemburgs, der Schweiz und Hollands das Einverständnis mit dem Manifest. In diesem großen historischen Moment müssen sich auch die kleinen Nationen Europas hören lassen und die eigentümliche Lage betonen, in der sie sich gegenüber dem Krieg befinden. Zu diesen kleinen Nationen gehört auch Finnland und seine Erhöhung bedeutet zugleich einen klammernden Protest gegen die Unterdrückung dieses Volkes durch den russischen Zaren. (Stürmischer Beifall.) Wir lassen uns durch die Erfolge der Balkanvölker in unserem Kampf gegen den imperialistischen Militarismus nicht irren führen. (Beifall.) Wir Belgier und Holländer wissen, daß, wenn England und Deutschland sich bekämpfen, unsere Länder das Schicksal abgeben werden. Die

skandinavischen Völker aber werden von Rußland bedroht werden. Der Druck der Militärfürsten wird bei uns wie in den Großstaaten immer unerträglich. Die Frage "lebendes Heer oder Miltz" hat in den Ereignissen des letzten Jahres gar keine Rolle gespielt.

Im Anschluß hieran bringt Sekretär Gysmans unter stürmischen Beifall ein

Begrüßungstelegramm des sozialistischen Pfarrervereins von Holland

zur Verlesung. Klara Zetkin, Stuttgart, mit stürmischem Beifall begrüßt: Die Hilfe der Frauen ist für den Krieg gegen den Krieg durchaus notwendig. Wenn wir als Mütter in unseren Söhnen das sozialistische Zusammengehörigkeitsgefühl etablieren, so möchte ich sehen, welche Macht dieses Gefühl aus ihren Seelen wieder austreten könnte. Sie werden sich in der Stunde der Gefahr der Pflichten ihrer sozialistischen Solidarität bewußt sein. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen unseren Söhnen, nicht wie die antiken Frauen, den Schild hinhalten, mit der Weisung, zu sterben oder zu sterben, sondern wir wollen sie aus geeigneten Kämpfern für religiöse, egoistische Interessen zu Freiheitskämpfern machen. Auch für die Frauen gilt es: "Und setzt ihr nicht Leben ein, nie wird Euch das Leben gewonnen sein!" (Anhaltender großer Beifall.)

Satajoff-Sofia:

Wohl war der Balkankrieg populär, aber vor dem Kriege. Der Enthusiasmus, der eine Macht war, ist längst gewichen, da man die Folgen des Krieges erkannt hat. Bis in die Bürgerkriegszeiten und Offizierskreise geht die Erkenntnis und der Wandel der Meinung. In kleinen Staaten, wo der größte Teil des Heeres aus Reservisten besteht, werden immer auf einen Kriegsfreund sechs Kriegsgegner kommen. Das Manifest dem ich auch gewiß namens der abwesenden Serben und Bulgaren zustimmen kann, wird uns Balkansozialisten noch größere Energie für unsere sozialistische Arbeit verleihen. (Stürmischer Beifall.)

Bailliant-Paris:

mit brausenden Rufen "vive la Commune!" begrüßt, tritt ebenfalls für einstimmige Annahme des Manifests ein. Manche Forderungen haben ja nicht aufgenommen werden können, weil sonst einzelne Sektionen in Beschaffen gekommen wären. Aber ausgeschlossen sind sie darum nicht, ausgeschlossen ist weder der Generalkrieg, noch der Aufstand gegen den Krieg. Der internationale Kongress hat seine Arbeit beendet, jetzt fängt erst der wirkliche Krieg an. Wenn jede Sektion ihre Pflicht tut, hoffen wir, daß der Krieg verstanden werden kann. Sollte trotzdem der Kapitalismus dieses Verbrechen begehen, so wird er für die Folgen verantwortlich sein: Für die soziale Revolution! (Minutenlanges stürmisches Beifall.)

Nachdem sich Agnini für Italien, Spanien und Portugal, und weitere Redner für Rußland und Belgien die volle Zustimmung erklärt haben, beschließt Vorsitzender Greulich, daß man zur Abstimmung komme. Alle Delegierten erheben sich von ihren Plätzen und strecken zum Zeichen der Zustimmung die Hände in die Höhe. Der überfüllte Saal bietet ein eindrucksvolles Bild. Zugleich bricht die Tribüne in einen heftigsten Beifallssturm aus und die Delegierten stimmen die Internationale an. Die ganze Versammlung ist von Begeisterung erfüllt.

Greulich betont, daß mit dieser Abstimmung alle Parteien die Pflicht übernommen haben, mit allen ihren Mitteln dafür zu kämpfen, daß die Kriegsgefahr in Europa beschworen wird. Er teilt dann noch mit, daß sich die schweizerischen und italienischen Genossen über den gemeinsamen Kampf gegen die Kreditaufnahme verständigt haben. Und ferner, daß heute in Lawrence in Massachusetts, Nordamerika, 2 Führer der italienischen Textilarbeiter unschuldig vor Gericht unter der Anklage des Todes stehen und daß das Internationale Bureau ein Protesttelegramm gegen den geplanten Justizmord abgefaßt habe. Ohne Resolution hätte er es für selbstverständlich gehalten, daß die Internationale gegen die Grausamkeit des Justizmordes protestiert. Er mimet dann den 21 gestern verunglückten französischen Bergarbeiter einen warmen Nachruf und erhebt den Protest der Internationale gegen das Blutbad, das die Polizei gestern unter den ungarischen Friedensdemonstranten in Budapest angerichtet hat.

In seinem Schlusswort dankt Debel

im Namen der Internationale den Schweizer und Baseler Genossen, aber auch den Baseler Behörden und Kirchenbehörden, deren Entgegenkommen ihn als Weisheit besonders freute, wenn es auch in der Christenheit wenig Nachahmung finden dürfte. Christus freilich würde, wenn er die heutige Kirche sähe, sicher nicht im Lager der Gewalttäter, sondern in der Schaar der Sozialdemokraten kämpfen.

Vorsitzender Greulich schließt den Kongress mit dem Ruf: "Krieg dem Kriege", in den die Delegierten begeistert einstimmen.

Deutscher Reichstag.

70. Sitzung. Dienstag, den 26. November, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitzung: niemand. Vizepräsident Dr. Haase heißt die Abgeordneten herzlich willkommen und gedenkt der in den Ferien verstorbenen Abgeordneten, sowie des Unglücks vom 8. August auf der Sechse Kohlringer und bringt das Beileid des Hauses mit den Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute zum Ausdruck. (Die Abgeordneten haben sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen erhoben.) Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein, auf der

Rechnungen

stehen. Eine Petition, die reichsrechtliche Regelung des Jrennweilens verlangt, beantragt die Kommission dem Reichsanwalt als Material zu überweisen.

Abg. Dr. Gerlach (Herrn.) verliest eine längere Rede, die auf der Tribüne vollständig unverstanden bleibt. Abg. Comber (Voll.) betont die Notwendigkeit, die Regropflicht desjenigen festzulegen, der jemand unrechtmäßig in eine Irrenanstalt interniert hat.

Abg. Dr. Strauß (Voll.): Das Jrennweilens ist bei uns in musterhaft geregelt, wie in keinem andern Staate. (Widerw.) Wenn man freilich, wie der Berichterstatter, auf dem harmlosen Standpunkt steht, daß niemand gegen seinen Willen in eine Irrenanstalt gebracht werden dürfe, ist man wohl in die Materie noch nicht genügend eingedrungen. Dem Kommissionstrag stimmen wir zu.

Abg. Baffermann (Herrn.): Im Falle ist jedenfalls die Meinung verbreitet, daß die nötigen gesetzlichen Garantien gegen die fahrlässige Behandlung solcher Fälle nicht gegeben sind. Auch wir stimmen dem Kommissionstrag zu. Der Kommissionstrag wird angenommen.

